

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig. — Postzeitungsliste Nr. 4069a, sechster Nachtrag.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 248.

Mittwoch, den 23. Oktober 1907.

14. Jahrg.

Hierzu eine Beilage und
das wöchentliche Unterhaltungsblatt.

Ein nationalliberaler Musterabgeordneter.

Der Reichstagsabgeordnete für den 6. hannoverschen Wahlkreis Verden-Hoya, Rentier Theodor Held, einer der größten Sozialistenfresser und ein gut nationaler Mann, hat, wie schon gestern kurz berichtet, am Sonnabend vor dem Schöffengericht zu Hannover eine schwere Einbuße seines moralischen Ansehens erlitten, die ihn zwingen wird, auf seine politischen Ehrenämter als Abgeordneter zu verzichten. Schon seit Jahren wurden allerhand Gerüchte über unfaire Geschäftsmanipulationen dieses Herrn verbreitet. Die „Bremer Bürger-Zeitung“, der „Volkswille“ in Hannover und einige welfische Zeitungen beschuldigten ihn anrüchiger Geschäftsmanipulationen mit dem Ergauer Terlingen. Einer Klage gegen diese Blätter ist der nationalliberale Held aus dem Wege gegangen. Als nun aber im letzten Wahlkampfe von den Welfen gegen ihn der Vorwurf betrügerischen Zusammenwirkens mit dem Schwindler Terlingen, der Erpressung und des Wuchers erhoben wurde, erhob er gegen die Urheber der Beleidigungen die Beleidigungsklage, die am Freitag und Sonnabend verhandelt wurden.

Angeklagt, im Wege der Privatklage — der Staatsanwalt hatte ein Einschreiten wegen Mangels öffentlichen Interesses abgelehnt — waren:

1. der Reizfallbesitzer Flockemann, weil er gesagt hatte, er sei von Held um 1000 Mk. bewuchert worden;
2. der Kaufmann Pommer in Hannover, weil er den Held der Erpressung gegen sich beschuldigt habe;
3. der Kaufmann Dr. Krüger, weil er als Verfasser eines Artikels in der welfischen Zeitschrift „Das Recht“ beleidigende Äußerungen gebraucht habe, Held ein verbrecherisches Vorleben vorgeworfen und in einem Briefe an Bassermann ihn dadurch beleidigt habe, daß er schrieb: „Held habe auch später die Ehre stark beschmutzende Angriffe über sich ergehen lassen, ohne etwas dagegen zu tun; er habe es ertragen, daß die Kreise, in denen er hier verkehrt und denen er seine Auffstellung als Reichstagskandidat verdankt, sich ihm verschlossen haben“;
4. der Redakteur Langwost in Hannover, weil er in der genannten Zeitschrift den Krügerischen Artikel veröffentlicht hat, und
5. der Rechtsanwalt Dr. Bienhold, weil er in einer welfischen Wählerversammlung gesagt haben soll, der Kaufmann Pommer zeihe Held der Erpressung.

In der Verhandlung wurde festgestellt, daß die nationalliberale Partei eine eingehende Untersuchung des Falles Held vorgenommen habe, an der sich auch Juristen beteiligt haben, und da ist festgestellt worden, daß dem Held kein Vorwurf zu machen sei. Also ein nationalliberaler abgestempelter Ehrenmann! Und wie sieht nun dieser Held aus?

Die Verhandlung ergab, daß Herr Held von dem Reizfallbesitzer Flockemann sich einen Wechsel über 4000 Mark hat unterschreiben lassen, ihm aber nur 3000 Mark dafür geliehen hat! Das nannte Fl. Wucher. Held kannte die vermögenslose Lage des Fl., er will aber die 1000 Mk. für einen Pferdekauf in Anrechnung gebracht haben. Das Gericht verurteilte zwar den Flockemann zu 30 Mk. Geldstrafe, sagte jedoch auch, daß die Sache durchaus nicht als aufgeklärt gelten könne. Sedenfalls habe Held auf Flockemann wegen der Unterschreibung des Wechsels einen Druck ausgeübt. Non liquet — Beleidigung trotzdem strafbar.

Die Klage gegen Pommer zog Herr Held zurück, weil der Beweis nicht zu erbringen war, ebenso die Klage gegen Dr. Bienhold, weil der die Behauptung nur gutgläubig aufgestellt hatte.

Mit der Erpressung liegt es so; Held suchte nach Verkauf seiner Metallwarenfabrik in Menden neue Geschäfte. Mit einem Kaufmann Neuhaus gründete er in Hamburg ein Kohlegeschäft, wobei er 20 000 Mk. verlor. Die Kaufleute Flemming und Pommer betreiben jeder Kohlenhandel und die hatte er um Auskunft über Neuhaus und die Rentabilität des Kohlenhandels befragt. Nachdem er das Geld verloren, schrieb er an Flemming, er verlange die 20 000 Mk. ersetzt; bekomme er das Geld nicht, dann werde er dem Kohlenyndikat anzeigen, daß Flemming entgegen der Versätze zur Gründung neuer Geschäfte beigetragen habe. Wenn er (Held) das dem Kohlenyndikat mitteile, dann liege Flemming aus dem Syndikat heraus. Der Abgeordnete Hilke trage sich mit dem Gedanken, sein Mandat niederzulegen und dan werde er der parlamentarische Vertreter des Syndikats sein. Flemming hat aus Furcht vor seiner Existenzver-

nichtung dem Held 14 000 Mk. gegeben, hat aber jetzt Klage wegen Herausgabe des Geldes angestrengt. Darin sah das Gericht den Beweis der versuchten Erpressung. Denn wenn Held die 20 000 Mk. von Flemming und Pommer rechtmäßig zu verlangen hatte, würde er nicht gebroht, sondern gegen den vermögenden Fl. Klage angestrengt haben. Und daß er 6000 Mk. schwinden ließ, ist ein weiterer Beweis für das Unrechte seines Handelns. Wegen des Vorwurfs der Erpressung erfolgte deshalb Freisprechung des Angeklagten. Selbst der Vertreter des Herrn Held nannte die Drohung mit dem Kohlenyndikat ein „unschönes Verhalten“.

Seine Verbindungen mit Terlingen bezeichnete Herr Held als vollständig „rein“. Ihm könne in dieser Beziehung selbst vom Standpunkte des Kaufmannes nichts Ehrenrühriges vorgeworfen werden. Das habe auch der Vorsitzende im Prozeß Terlingen gesagt und ihm genüge das. Mit Terlingen ist Held durch ein Inserat, in dem Terlingen Verbindungen zum Diskont von Wechseln suchte, bekannt geworden. Der Wechselverkehr ist von Held noch fortgesetzt worden, als ihm Terlingen den sauberen Vorschlag gemacht hatte, daß es wünschenswert sei, wenn Waren bezogen würden. Herr Held bemerkte, daß er diesen Vorschlag, statt Wechsel Waren zu notieren, um den Banken nachzuweisen, daß die Wechsel für Warenlieferungen gegeben seien, nicht beachtet habe. Die Wechsel waren nämlich keine Warenwechsel, sondern Gefälligkeitswechsel. Vor Gericht erschien aber zum größten Schrecken des Held sein Nachfolger, der Fabrikant Dieke, der dessen Fabrik gekauft hat und legte alte Geschäftsbücher von Held vor, die Held vergessen hatte, mitzunehmen. In diesen Büchern befanden sich Fälschungen im Konto Terlingen! Held selbst hatte statt Wechsel nachträglich eingetragen: „Fakturen“ und damit den Plan des braven Terlingen doch befolgt! Auch die Zahlen waren gefälscht. Die Fakturen ergaben eine Summe von 1660 Mk. und diese Summe war gefälscht in 21 660 Mark. Wer diese Fälschung begangen, ist nicht festgestellt. Charakteristisch ist aber, daß der damalige Kompagnon Helds, sein Schwager Hübner, ohne Entschuldigung als Zeuge fehlte. Ein Sachverständiger erklärte, daß die Wechsel Held-Terlingen ein Bankhaus, das etwas auf sich halte, nie diskontieren konnte. Wegen der Vorwürfe der unlauteren Geschäftsmanipulationen mit Terlingen erfolgte schließlich ebenfalls Freisprechung der Angeklagten! Auch der Verteidiger bezw. Vertreter Helds bezeichnete Helds Verhalten als „nichtwohlwollend“, betrügerische Manipulationen könne man aber nicht sagen. Das Tollste ist nun aber, daß Held an den Vater des Zeugen Dieke im Juni ds. Js. einen Brief geschrieben hatte, in dem er sich darüber beschwert, daß der Zeuge Dieke Helfershelfer der politischen Feinde Helds sei. Wenn er nicht aufhöre, gegen Held zu arbeiten, dann müsse er (Held) auch gegen ihn vorgehen. Nur dem Umstande, daß Dieke damals noch nicht als Zeuge geladen war, hatte Held es zu verdanken, daß diese Drohung nicht als Zeugenbeeinflussung anzusehen ist! Das Gericht sagte zur Begründung der Freisprechung:

Das Gericht sei davon ausgegangen, daß die gegen Held erhobenen Vorwürfe im wesentlichen als erwiesen anzusehen seien. Im Falle Terlingen sei es zweifellos, daß zwischen den Parteien ein Verkehr stattgefunden habe, den man als Wechselreiterei bezeichne, und daß Held diesen Verkehr noch 3 Jahre fortgesetzt habe, als die Vorwürfe gegen ihn erhoben wurden. Ob man streng juristisch von Betrug hierbei reden könne, möge dahingestellt bleiben; im gewöhnlichen Leben bezeichne man solche Handlungen aber als betrügerische Manipulationen. Daß der Privatkläger sich dieser Schuld bewußt war, habe sein Benehmen gezeigt, daß er nicht gegen die Angriffe vorgegangen sei, und daß er, als der Zeuge Dieke Beweise aufgefunden hatte, gegen diesen mit Drohungen vorging. Das ganze Verfahren Helds stelle sich als Wechselreiterei, verbunden mit betrügerischen Manipulationen, dar.

Nachdem der Rentier Held, der äußerst wichtig mit einer Mappe, die die metallenen Buchstaben „M. d. R.“ trug, vor dem Gericht erschien, mit seiner Klage so furchtbar hereingefallen und statt einer Reinigung eine bedenkliche Kamponierung seiner Ehre erreicht hatte, geschah noch ein übriges. Die von ihm Angeklagten hatten Widerklage erhoben. Der saubere und reine Herr Held hatte nämlich den Angeklagten Langwost einen „gemeinen Verleumder“ und den Krüger einen „notorischen Ehrabschneider“ genannt. Er hat diese beiden ferner in Wählerversammlungen beleidigt und dafür erhielt Herr Held eine Gesamtstrafe von 300 Mk. eventuell 30 Tage Gefängnis. Die Strafe ist deshalb so hoch geworden, weil die Beleidigung gegen Langwost als eine verleumderische bezeichnet wurde. Held habe ganz genau ge-

wußt, daß die Angaben des Langwost richtig waren und darum habe Held nur wider besseres Wissen sagen können, Langwost sei ein Verleumder.

So sieht Herr Held aus! Der Mann, der bei Zigarettensteuer seinen Namen verliert!

Verweilen wir noch einen Augenblick bei der nationalliberalen Partei. Der nunmehr gerichtlich als Wechselreiter entlarvte, der versuchten Erpressung und der verleumderischen Beleidigung überführte Reichstagsabgeordnete Held ist erst vor wenigen Wochen noch als Landtagsabgeordneter für den Wahlkreis Verden-Rotenburg gewählt worden. Mit welcher erstaunlicher Kühnheit er seine Sache verfocht, bezeugt die Äußerung, daß er 1000 Mk. in die welfische Parteikasse zahle, wenn man ihm eine unehrenhafte Handlung nachweise.

Die Nationalliberalen in Hannover hatten die Sache Held untersucht und Held das Ehrenwort darüber abgenommen, daß er sich nichts vorzuerwerfen habe. Die Ansichten waren aber geteilt, der Abg. Jänicke hielt die Sache „nicht ganz hasenrein“. Dann hat sich die Fraktion damit beschäftigt, und diese hat nach „eingehender Prüfung“ den Fall Terlingen zugunsten Held entschieden! Herr Held hatte der Fraktion Bücher vorgelegt. Hat er damit die Fraktion getäuscht? Oder hat die Fraktion Herrn Held nicht fallen lassen wollen? Hatte Herr Held der Fraktion verschwiegen, daß er Wechselverbindungen in Fakturen fälschte, also Terlingens Schwindelversuche nachgegeben hatte? Herr Held fühlte sich trotzdem völlig gerechtfertigt. Noch mehr aber glaubte er seine Ehre gerettet, weil der Staatsanwalt Nessel zu Hannover ein Strafverfahren wegen versuchter Erpressung (Fall Flemming) eingestellt habe. Geheimrat Hurgig, Mitglied der nationalliberalen Parteileitung, hat Herrn Held zu diesem Einstellungsbeschlusse gratuliert — etwa weil er einer großen Gefahr entgangen ist?

Endlich kommt der nationalliberale Parteivorstand. Herr Held sagt, dieser habe ihm von einer Selbstanzeige im Fall Terlingen abgeraten!

Wie wunderbar geht es doch in der nationalliberalen Partei zu. Wenn ein Staatsanwalt sagt: Dies Kind — kein Engel ist so rein, genügt es der Partei als Rechtfertigung! Sind die Anforderungen an die persönliche Ehre so gering bei den Nationalliberalen? Man sollte es nicht glauben, trotzdem Herr Held sich bei den Parteihäuptern beschwerte, daß man nur allein auf ihm herumritt! Übertragung eines neuen Ehrenamts, des preussischen Abgeordnetenmandats, auf Held in der Prozeßperiode — ist das Herumreiten? Allerdings hat man zu diesem Held erst gegriffen, als kein anderer zu finden war, der in diese Partie paßte. Trauriges Heldentum —

Der Ausgleich.

Aus Wien, 21. Oktober, wird uns geschrieben: D. P. Morgen beginnt im österreichischen Parlament die erste Lesung des Ausgleichs. Wenn man bedenkt, nach welchen bitteren Leiden beider Staaten dieser Ausgleich zustande gekommen ist, wird man schon die Tatsache, daß sich die beiden Regierungen geeinigt haben und daß das Resultat dieser Einigung nicht einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen hat, als ein großes Ereignis ansehen müssen. Österreich und Ungarn sind nur in gewissen eng umschriebenen Grenzen ein Staat. Nur die auswärtigen Angelegenheiten und das Militär (jedoch auch dieses nur mit Ausnahme der Landwehr) sowie die Dynastie haben sie gemeinsam. Alle übrigen Angelegenheiten müssen durch Verträge zwischen ihnen geregelt werden. Dieser Vertrag nun, der namentlich mit Rücksicht auf die auswärtigen Handelsverträge immer auf 10 Jahre geschlossen wird, ist der Ausgleich. Der letzte Ausgleich, der parlamentarisch zustande kam, war der im Jahre 1887, der 1897 abließ. Der Versuch für den Ausgleich im Jahre 1897, im österreichischen Parlament eine Majorität zu gewinnen, d. h. durch nationale Konzessionen zusammenzukaufen, hat dann zu den schweren Kriegen geführt, denen Österreich durch volle zehn Jahre ausgeetzt war. Baderi glaubte die Tschechen durch die bekannten Sprachenverordnungen gewinnen zu können, aber entsetzte damit nur die deutsche Obstruktion. Die Folge war Baderis Fall und dann die Verwüstung des österreichischen Parlaments, kurz die ganze schreckliche Zeit, die wir mit Schauern alle miterlebt haben. Zahllose Ministerien sind über dem Versuch, zu einem Ausgleich zu kommen, gefallen. Da der zwischen Baderi und Banffy geschlossene Ausgleich parlamentarisch nicht beraten werden konnte, kam es zwischen den Kabinetten Thun und Szell zu einer Vereinbarung der sogenannten Reziprozität, die in Österreich nur durch kaiserliche Verordnung mit Hilfe des verächtlichen § 14 in Kraft gesetzt wurde und die überdies mit Ende dieses Jahres ebenfalls zu Ende geht. Im Jahre

1902 kam zwischen Körper und Szell wieder ein Ausgleich zustande, der aber wieder nicht parlamentarisch erledigt wurde. 1903 wurde bei den Wahlen in Ungarn die liberale Mehrheit, die auf dem Standpunkt der dualistischen Verfassung stand, von der Unabhängigkeitspartei einfach vernichtet und diese, die die Trennung von Österreich auf ihre Fahne geschrieben hatte, wurde schließlich auch in die Regierung eingesetzt. Wieder fielen in Österreich mehrere Ministerien, und am 6. Juli 1906 zog der nunmehrige österreichische Ministerpräsident Beck den Szell-Körperlichen Ausgleich feierlich zurück. Nun begannen neue Verhandlungen, die wiederholt zu scheitern drohten, aber schließlich doch zu einer Einigung führten.

Die Schwierigkeiten einer parlamentarischen Erledigung des Ausgleichs sind nicht gering. Nicht nur handelt es sich um zahllose Detailfragen, in denen die Gegensätze hart aufeinander stoßen, sondern die eigentliche Schwierigkeit liegt darin, daß sich in der prinzipiellsten Frage dieses Ausgleichs, nämlich ob man überhaupt den Dualismus aufrecht erhalten soll, so ziemlich alle bürgerlichen Parteien beider Staaten im Laufe der Jahre immer mehr in demagogische Schlagworte hineingeheißt haben und daß das „Los von Ungarn“ hüben und das „Los von Österreich“ drüben das eigentliche Staatsprogramm der Parteien geworden ist. In Ungarn ist ja sogar die Partei, die die Unabhängigkeit Ungarns anstrebt, am Ruber, und in Österreich haben sich alle Parteien, deren Vertreter im Ministerium sitzen, sowie auch die christlichsoziale Partei, geradezu festgelegt, daß sie von den, wie der liebliche Ausdruck lautet, „Judasämagaren“ fort wollen. Allerdings liegt darin wieder die Stärke des Ausgleichs, daß die Ministerien, die ihn prinzipiell ablehnen, unter dem Drucke der Tatsachen ihn selbst geschlossen haben. Und es sind nicht nur politische Erwägungen, sondern vor allem wirtschaftliche, die den Chauvinisten hüben und drüben Einigung eingepaukt haben.

Ungarn ist das wichtigste Abgabebiet für den österreichischen Export, vor allem der wichtigste Markt für unsere Industrieprodukte. Im Jahre 1905 hat Österreich insgesamt um 3017 Millionen Kronen exportiert, davon um 1003 Millionen allein nach Ungarn. Den größten Teil unseres Exports bildet die Ausfuhr von Fabrikaten. Im Jahre 1905 haben wir ausgeführt in Millionen Kronen:

	nach	in Prozenten der	
	insgesamt	insgesamt Ausfuhr	
Rohstoffe	850	103	12,1
Salzfabrikate	885	119	13,4
Ganzfabrikate	1782	781	43,8

Die österreichische Landwirtschaft ist nicht imstande, den Getreidebedarf unserer Bevölkerung zu decken. Der Überschuss unserer Roggen- und Weizenernte über die Ausfuhr betrug im Jahre 1905 8120 823 Hektarzentner, außerdem haben wir noch um 5 965 621 Hektarzentner mehr Weiz eingeführt als ausgeführt. Von dem nach Österreich importierten Getreide wird nun der größte Teil aus Ungarn eingeführt. Im Verkehr zwischen Österreich und Ungarn betrug unser Einfuhrüberschuss in Roggen und Weizen 7 297 011, in Weiz 6 098 745 Hektarzentner. Noch mehr als wir auf die Einfuhr ungarischen Getreides in Ungarn auf den Abzug seines Getreides in Österreich angewiesen. Denn Österreich könnte möglicherweise sein Getreide auch erhalten, indem es seine Grenzen gegenüber dem Balkan öffnet. Ungarn aber, das nach Norden und Westen von Österreich völlig umschlossen ist, ist mit seinem Getreide völlig auf Österreich angewiesen.

Dies ist der Grund, warum die Parteien in beiden Staaten die Verträge der Minister mit größter Kühnheit, aber doch ohne Widerspruch angenommen haben. In also auch das Prinzip des Ausgleichs — gegen das die bürgerlichen Parteien noch bei den letzten Wahlen ihre Wähler mobilisiert hatten — heute unbestritten, so hat der Ausgleich doch in seiner jetzigen Gestalt im einzelnen die Lösung Österreichs gegenüber der Schwächenhaftigkeit anstrebt, so daß es selbst den bürgerlichen Parteien schwer werden wird, dafür zu stimmen. Wohl würde der Vertrag Österreich zu den gemäßigtesten Ausgaben — die sog. Quote — um 2 Proz. von 63,5 Proz. auf 65,5 Prozent herabgesetzt werden, aber dafür würde Ungarn durch andere hauptsächlich konjunkturelle reichlich entschädigt. Wie sich die Sozialdemokratie zum Ausgleich verhalten wird, das hat Dr. Adler in einem Vortrag am dem Sonntag in Innsbruck angegeben: „Wir werden im Parlament den Ausgleich zu prüfen haben, ohne uns in formalistischen Kleinigkeiten zu verfangen, sondern, ruhig, ohne anmaßliche Forderungen, wie unsere Politik sich überhaupt möglich oder Angemessenheit und demagogischen Manövern, die unsere bürgerlichen Parteien zu haben, zuhalten mag. Wir werden den Ausgleich möglicherweise prüfen und ebenso möglicherweise den österreichischen Österreichs rückwärts weisen.“

Politische Rundschau.

Deutschland.

Brandweinmonopol?

Das angeblich „heute“ soll das „Berliner Tageblatt“ erklären haben, daß die Reichsregierung sich heute entschieden hat, schon in der kommenden Session eine Brandweinmonopolvorlage dem Reichstage zu unterbreiten. Die Verhandlungen mit dem Spiritus-Syndikat seien so gut wie abgeschlossen. Die Hauptpunkte seien kurz folgende:

Die Reichsregierung verkauflich das Spiritusmonopol in seiner jetzigen Form und Gestalt.

Die großen Spiritusfabriken werden vom Reich aufgekauft; die kleineren werden entsprechend abgekauft.

Die Reichsregierung kauft den Spiritusmonopolisten die Gewinne, für den zu bestimmenden Kaufpreises derartig hohe Preise zu zahlen, daß sie den unter dem jetzigen Verhältnisse erzielten Gewinnen zum mindesten gleichkommen, wenn nicht gar darüber hinausgehen.

Die Brandweinpreise werden entsprechend erhöht; die Konsumenten sind also vom Konsumenten zu sparen.

Der Reinertrag des Brandweinmonopols wird für die nächsten Jahre auf etwa 70 Millionen be-

meffen. Später soll die Einnahme aus dem Monopol gesteigert werden.

Das Blatt fügt hinzu: „Das sind die Grundzüge des geplanten Brandweinmonopols; die Einzelheiten der Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und der Interessentenvereinigung entziehen sich vorläufig noch der Öffentlichkeit. Doch sei erwähnt, daß die preussische Regierung an diesen Verhandlungen zum Teil ausischlaggebend mitgewirkt hat.“

Vorläufig bleibt abzuwarten, ob die Mitteilung des „Berliner Tageblatt“ begründet ist. Bis das feststeht, stellen wir die weitere Kritik zurück.

Die „Deutsche Tageszeitung“ behauptet, die ganze Nachricht sei falsch, eine auch ihr um den Preis von 300 Mk. angebotene aber von ihr abgelehnte Sensationsnachricht. Das Bündler-Organ meint, auf das bestimmteste versichern zu können, daß der Reichstag in seiner nächsten Tagung sich mit einer Vorlage über ein Spiritusmonopol nicht befassen werde.

Dieser anscheinend so bestimmten Versicherung ist keineswegs zu trauen. Man weiß, daß die Frage, wie der Reichsdalles und daneben die neuen militärischen Forderungen zu decken seien, die Regierung sehr eingehend beschäftigt. Da ist es sicher nicht ausgeschlossen, daß die Regierung den alten Gedanken von neuem aufgreift, zumal dabei den junkerlichen Schnapsbrennern wieder ein hübsches Stück Geld in die weiten Taschen geschoben werden kann, womit vielleicht die Möglichkeit geschaffen werden soll, die Konservativen günstiger für die Säulischen Reformen zu stimmen, die der Blockwater braucht, um sein Schmerzenskind nicht eines unruhlichen Todes sterben zu sehen.

Daß dabei eine neue unerhörte Schröpfung der Konsumenten herauskommt, gehört ja bei deutschen „Steuerreformen“ zu den Selbstverständlichkeiten.

„Die Tyrannei des gewissenlosen und unfähigen Demagogentums“

soll nach den Mitteilungen der „Westdeutschen Volkszeitung“ (Fusangel) in der Zentrumsparlei des Reichstagswahlkreises Hagen-Schwelm herrschen. Alles, was in friedlicher Zusammenarbeit seit fünfzehn Jahren geschaffen sei, scheine in Frage gestellt. Ein großer Teil des katholischen Volkes tue nicht mehr mit und insbesondere die katholischen Arbeiterkreise sähen mit großem Bedauern, „wie an Stelle der auf breiter Grundlage aufgebauten Organisation die gehässige aller Tyranneien: die Tyrannei des skrupellosen und unfähigen Demagogentums getreten ist.“ Weiter heißt es:

„Eine den Parteistatuten entsprechende rechtmäßige Parteileitung ist nicht mehr vorhanden. Alles was ordnungsgemäß nach der letzten Wahl hätte geschehen müssen, um eine solche einzuführen, ist unterlassen worden. ... Durch Einladungen von nicht zureichender Seite ist eine Versammlung einberufen worden, die sich als Wahlkreistomitee konstituiert hat, ohne dazu formell und materiell berechtigt zu sein. Dabei wird das katholische Volk, das weniger als je zu sagen hat, fortwährend mit der Parteioorganisation auf breiterer Grundlage geübt.“

Die Folgen, schreibt Fusangel weiter, zeigten sich in jähbarer Weise. Während früher die größten Säle nicht ausreichten, um die Zentrumsversammlungen zu fassen, reichten jetzt ziemlich beschränkte Räume hin, um „das zu beherbergen, was man hochtönend als Zentrumsversammlungen bezeichnet“. Das sei geradezu beschämend, nicht so sehr für die Partei als „für diejenigen, die so erfolgreich bemüht gewesen sind, durch ihre Ministerarbeit bei den inneren Zusammenhalt der Partei zu fördern.“

Fusangels Klage erinnert an die Schilderung der „Kleinbürgerlichen Volksstimme“ von den Zuständen in den Eisenwerken, wo die jüdischen Überreste einer Wildweitz-Organisation aus der guten alten Zeit ihr Dasein finden, wo „kleine Eifel-Napoleone vor der hecken Vergewaltigung der Bevölkerung nicht zurückweichen“. Dem Zentrum ist eben die Aufklärung und die Gleichberechtigung der Wähler Nebenache; es behandelt die Massen nur als Stimmvieh.

Jeuiten.

Auf dem Wiesbadener Parteitag der Nationalliberalen hatte sich Dappermann — er war damit nur ein Echo anderer nationalliberaler Stimmen — mit Empörung für direkte Reichsteuern ins Zeug gelegt. Aber das waren nur Redensarten und Theaterdramen, die niemanden störten. Wie es im Wahrheit mit seinem Steuerbekenntnis steht, hat der Weise von Mannheim gestern in einer Rede zu Stuttgart verhandelt. Darüber heißt es in dem Bericht eines bürgerlichen Blattes:

„In der Frage der Finanzreform bezeichnete der Redner es als notwendig, daß er für eine Reichseinkommensteuer eingetreten sei. Durch das Verlangen direkter Reichsteuern sprengte man den Block. In eine Reichseinkommensteuer habe er nie gedacht, sondern nur an eine Reichsvermögenssteuer.“

Was er ist noch wie vor für direkte Reichsteuern, der Herr Dappermann, aber — nicht für die Reichseinkommensteuer! Dagegen schreit er sehr für die Reichsvermögenssteuer, aber — beides jetzt nicht! Solange der Block besteht — und ein Gott erhalte ihn noch nicht lange! — war der Grundgedanke seiner Rede! — verknüpft Herr Dappermann alle Gedanken, Pläne und Wünsche, die sich auf direkte Reichsteuern beziehen, in den Eisenwerken.

Schmidler hat sich das nationalliberale Jeuitentum selbst gegeben, aber dafür triff es auf einem Geleise mit dem konservativen Scherfenscherben zusammen, erklärt doch die Deutsche Tageszeitung, daß man an den Ausbau der Eisenwerke nicht denken könne, da er als Sprengpulver auf den Block wirken würde.

Der Fall Kopschauer im bayrischen Landtage.

Gegenüber einem Angriff des konservativen Abgeordneten Prieger, wobei darauf hingewiesen wurde, daß dem sozialdemokratischen Abgeordneten Kopschauer, der als Kandidat bei den Staatsratswahlen tätig war, während der Ausübung des Abgeordneten-Am-

tes Urlaub unter Fortzahlung des Arbeitslohnes gewährt worden ist, erklärte der Ministerpräsident, das Vorgehen der Regierung sei berechtigt.

Die Arbeiter erhielten auch als Schöffen oder Geschworene Urlaub mit Fortbezug des Lohnes. Daß Abgeordneter Kopschauer Sozialdemokrat sei, komme hierbei nicht in Betracht, da er Arbeiter und nicht Beamter sei. Ein Beamter wäre selbstverständlich durch seinen Dienst auf das monarchistische Prinzip verpflichtet, und die Regierung würde, wenn ein Beamter sich Verfehlungen dagegen zuschulden kommen lasse, daraus die Konsequenzen ziehen.

Die Haltung der bayerischen Regierung gegenüber dem Abgeordneten Kopschauer ist eigentlich selbstverständlich. Im Auslande allerdings steht das gleiche Recht auf freie politische Betätigung im sozialdemokratischen Sinne auch den Beamten zu. Mit Ausnahme von Russland natürlich, das in solchen Dingen immer an Preußens Seite steht.

Die „gefährliche“ Bildung.

Die preussische Regierung hat offenbar große Sorge, daß die Proletarier sich zu viel Wissen aneignen und dann nicht mehr so geduldig alle Schönheiten des Junkerstaates über sich ergehen lassen. Deshalb sucht sie das Bestreben der Arbeiter, ihr Wissen und Können zu vermehren, zu verhindern. Wie der „Vorwärts“ berichtet, sollte am Freitagabend die Arbeiterbildungsschule in Potsdam mit einem Kursus eröffnet werden, den der Genosse Kagenstein über Deutsches Reichs- und Landesverfassungsrecht abhalten wollte. Darauf erhielt er folgende am 17. Oktober gezeichnete Verfügung der königlichen Regierung, Abteilung für Kirchen- und Schulwesen:

Nach einer Anzeige in Nr. 240 der „Brandenburger Zeitung“ beabsichtigen Sie, bei W. Ladentzin hier selbst, Kaiser Wilhelmstraße 38, staatsrechtliche Unterrichtsstunden zu geben. Zu einer solchen Unterrichtsverteilung bedarf es der schulaufsichtlichen Genehmigung nach der Kabinettsordre vom 10. Juni 1884 in Verbindung mit der Staatsministerialinstruktion vom 31. Dezember 1889.

Da Ihnen bisher eine solche Genehmigung nicht erteilt worden ist, untersagen wir Ihnen die hier selbst beabsichtigte Unterrichtsverteilung bei Vermeidung einer Exekutivstrafe von 100 Mark für jede begonnene Stunde erteilten Unterrichts.

gez. Lehmann.

Der „Vorwärts“ bemerkt dazu, die Verfügung verstoße gegen die Artikel 20 und 22 sowie 29 und 30 der Verfassung. „Im Artikel 20 heißt es: „Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei.“ Artikel 22 geht dahin: „Unterricht zu erteilen und Unterrichtsanstalten zu gründen und zu leiten steht jedem frei, wenn er seine sittliche, wissenschaftliche und technische Befähigung den betreffenden Staatsbehörden nachgewiesen hat.“ Es kann dahingestellt bleiben, ob gegenüber diesem Artikel 22 die Kabinettsordre von 1884 und der Staatsministerialbeschluss von 1889 überhaupt noch Geltung haben. Zweifelloso beziehen sich diese Vorschriften lediglich auf den Unterricht der Jugend. Privatunterricht Erwachsenen zu erteilen, steht jedem frei. Daß die erwähnte Kabinettsordre lediglich auf die schulpflichtige Jugend sich beziehen kann, ist von sämtlichen Staatsrechtslehrern anerkannt, ja sogar auch in einem Ministerialreskript vom 27. Februar 1862. Wenn trotzdem die königliche Regierung durch Herrn Lehmann dem Genossen Kagenstein gegenüber die Verordnung von 1884 in Anwendung zu bringen suchte, so hat sie gegen die Verfassungsbestimmungen über die Pressefreiheit aufs eminenteste verstoßen. Gleichzeitig hat sie das durch Artikel 29 und 30 der Verfassung gewährleistete Versammlungs- und Vereinsrecht völlig unberechtigt und gesetzwidrig verletzt. Zu der Androhung einer Exekutivstrafe für den Fall der Nichtachtung der Verfügung war die Regierung durchaus nicht berechtigt; strafrechtlich betrachtet, qualifiziert sich das Vorgehen der Regierung als ein völlig unberechtigter Eingriff in das verfassungsmäßig gewährleistete Lehr- und Vereinsrecht des bürgerlichen Gesetzbuches!“

Die Neumütigen vom Block.

Die liberalen Stadtverordneten Berlins beschloßen, der Kaiserin zu ihrem Geburtstag am 22. Oktober, nach achtjähriger Pause, wieder zu gratulieren. Vor acht Jahren waren sie durch eine Antwort aus dem Hause der Kaiserin verschmüpft und stellten daraufhin das Gratulieren ein. Im Zeltlager des Blocks aber ist solche Revoluzzerei verpönt, jetzt legt man seine Untertänigkeit dem Monarchen wieder vor die Füße.

Sachsen.

Eine Demonstration gegen die Vertagung der Skupshina. Sonntag vormittag hielten die Belgrader Universitätskoryphäen eine Protestversammlung wegen der Vertagung der Skupshina ab. Darauf zogen sie, vermehrt durch Sozialisten, durch die Hauptstraßen Belgrads, 400 bis 500 Mann stark. Auch am Konak kamen sie vorbei und riefen: „Nieder mit den Mäthern, nieder mit der Autokratie, hoch die Revolution, hoch die Republik!“ In der Michelsgasse begegneten die Demonstranten einem Offizier, der den Karageorgewitsch-Stern an der Brust trug. Die Studenten gingen mit Knütteln auf ihn los, der Offizier flüchtete unter dem Schutz von Polizisten in eine Nebengasse. Am Abend wiederholten sich die Demonstrationen.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Mittwoch, den 23. Oktober.

Anständige Männer. In den „Lübeckischen Anzeigen“ stand kürzlich ein Artikel zu lesen, in dem sich die Nationalliberalen im Gegenjag zu den Sozialdemokraten für „anständige Männer“ erklärten. Man konnte sogar daraus den Eindruck gewinnen, als ob sich die Macher des Amtsblattes mit dieser Bezeichnung selbst charakterisieren wollten, was natürlich bei uns „Ancien“ nur ein mitleidiges Lächeln erwecken konnte, denn wie kann derjenige ein anständiger Mann sein, der in kurzen Intervallen die größten Lügen über seine Gegner verbreiten muß und dieselben auch dann noch nicht widerruft, wenn er mit der Nase darauf gestoßen wird. Für die „Anständigkeit“ jener Leute,

noch ein weiteres Beispiel, das wir der gestrigen Nummer des Amtsblattes entnehmen: Der nationalliberalen Partei gehört als großes Licht im Vorstände ein gewisser Privatier Geld an, der es bei der letzten volkreindlichen Reichstagswahl zu einer traurigen Berühmtheit gebracht hat. Dieser selbe Mann, der nebenbei Reichs- und Landtagsabgeordneter ist, wurde dieser Tage in Hannover wegen Verpressung und betrügerischer Manipulationen an den Pranger gestellt. Was tut nun das Amtsblatt? Es benutzte die traurige Handlungsweise des nationalliberalen Herrn zu einem gemeinen Anwurf gegen den Genossen Stadthagen, indem es am Schluß einer Notiz über den Fall Geld schreibt:

Aus dem Reichstags-Richtern ersehen wir, daß Geld auch dem nationalliberalen Zentralvorstande angehört. Auch dort wird er vermutlich bald nicht mehr sein. Für Leute à la Stadthagen darf in der nationalliberalen Partei an prominenter Stelle kein Platz sein.

Nun ist zwar Stadthagen noch niemals schuldig Vergehen, wie der nationalliberale Geld sie verübt hat, angeschuldigt oder gar überführt worden. Das hindert das Amtsblatt natürlich nicht in seiner ehrabschneiderischen Tätigkeit gegen unsern Genossen. Wie erklären uns diese schmutzige Handlungsweise nur daraus, daß sie von Gesinnungsgenossen des Geld ausgeht. Angesichts dieses Umstandes können wir uns weitere Worte ersparen.

Schwindel. Neben den schwindelhaften Anpreisungen im Inseratenteil bürgerlicher Blätter, die in der fragenden Form, wie: „Brauchen Sie Geld?“ oder „20 Mk. täglichen Nebenverdienst kann sich jedermann mühelos verschaffen“, wird der Schwindel mit Anpreisung von Büchern aller erdenklichen Art schwunghaft betrieben. Auch Bücher religiösen Inhalts vertreibt man auf dieselbe Weise. Durch raffiniert ausgeklügelte Verträge werden die Käufer, die häufig in sozialen Verhältnissen leben, wo ihnen das Notwendigste zum täglichen Leben mangelt, zur Zahlung erheblicher Summen unter dem Deckmantel der Abschlagszahlungen verpflichtet. Auch andere Preiserzeugnisse werden durch große Inserate angekündigt, und obgleich man diesen den Schwindel sofort ansieht, fallen doch immer wieder Leute darauf herein. So führt die folgende Bekanntmachung in großen Lettern in allen bürgerlichen Blättern immer wieder:

„Wollen Sie lernen, wie man auf eine passende, anziehende und interessante Weise eine Unterhaltung anknüpft, wie man sich gebildet und angenehm ausdrückt, worüber man in der Gesellschaft, bei Tafel mit dem anderen Geschlecht redet, wie man nett und amüsant plaudert, kurz, ein beliebter Gesellschafter wird, dann lesen Sie das Buch: „Die Kunst der Unterhaltung“ oder „Was ein moderner Mensch wissen muß.“ Vom berühmten Autor Dr. Gärtner. Sie werden mit diesem Ratgeber ungeahnten Nutzen und Erfolge erzielen, um die Sie mancher beneiden wird.“

Der offenbarste Schwindel. Ebenso begegnet man Anpreisungen von Wunderheilmitteln fortgesetzt. Diese Inserate kosten ein Heidengeld und daraus ergibt sich, daß es noch immer viele Leute gibt, die auf den Schwindel hineinfallen. Wir möchten die Arbeiterschaft dringend davor warnen.

Die Frequenz der Lübecker Badeanstalten ist 1907 gegen das Vorjahr erheblich zurückgegangen. Die Badeanstalt im Krähentich hat 32 458 Bäder weniger, die Badeanstalt am Falkendamm 15 785 Bäder weniger als im Vorjahre abgegeben; das sind in diesem Jahre insgesamt 48 243 Bäder weniger. Der Besuch der Badeanstalt am Falkendamm betrug 71 920, derjenige der Badeanstalt im Krähentich 91 011 Personen. Es wurde im Jahre 1907 in beiden Badeanstalten eine Mindereinnahme von 5930,70 Mk. erzielt. Es gab aber auch in diesem Jahre keinen richtigen Sommer!

Dem Einkellern der Kartoffeln ist heuer ganz besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden, da ein großer Teil, und zwar fast aller Sorten, besonders aber der mittelfrühen, infolge der nassen Witterung dieses Sommers bereits im Boden faul geworden ist, wenn diese Erscheinung auch nicht in allen Gegenden in gleichem Maße wahrgenommen wird. Man sortiere also die Kartoffeln schon bei der Ernte und beseitige alle faulen, angefaulten oder sonst verdächtigten. Daß trockene, luftige Keller sich vor allem zur Aufbewahrung von Kartoffeln eignen, ist fast jedem bekannt; weniger wird aber auf die durchaus notwendige gründliche Reinigung des Kellers vor dem Einbringen der Kartoffeln geachtet; insbesondere sind sorgfältig alle alten Reste von Kartoffeln zu entfernen. Wer sicher gehen will, kalte den Keller nach der Reinigung. Herrscht zurzeit der Kartoffelernte nasses Wetter, so müssen die Knollen vor dem Einkellern erst gründlich ausgetrocknet werden; auch sonst ist darauf zu achten, daß jede Feuchtigkeit vom Kartoffelacker ferngehalten wird. Um das zu erreichen, schütte man in dessen Mitte größere Stücke getrockneten Kalks, der sich nach und nach mit Feuchtigkeit sättigt und wenn dies geschehen ist, entfernt und durch anderen ersetzt werden muß. Man schütte die Kartoffeln im Keller nicht höher als 0,80 Meter auf, um schlechte Kartoffeln auszuwählen und der Luft Zutritt verschaffen zu können. Der Keller muß ja bekanntlich fleißig gelüftet werden; am besten hält man Türen und Fenster so viel als nur möglich geöffnet. Natürlich müssen alle Öffnungen des Kellers sorgfältig geschlossen werden, wenn stärkerer Frost eindringt; denn bekanntlich eignen sich erfrorene Kartoffeln weder zur Verfeinerung noch zur technischen Verarbeitung. Im Keller soll die Wärme aber auch nie über 6 Grad Celsius hinausgehen. Steigt sie über diesen Grad hinaus, so schlägt sich die feuchte Luft an den kalten Kartoffeln nieder und beschleunigt dadurch den Feuchtigkeitsprozeß. In feuchtwarmer Luft gelegene Kartoffeln neigen auch zum vorzeitigen Auswachen im Frühjahr und verlieren dann stark an Substanz. Im Speisefertigstellen vor Feuchtigkeit und Auswachen zu bewahren, soll es sich empfehlen, sie vor der Einlagerung zehn Stunden lang in zweiprozentiger Lösung gewöhnlicher Schwefelsäure einzumweichen.

Langfristige Bierlieferungsverträge verließen gegen die guten Sitten. Durch einen notariellen Akt hatte die Bierbrauerei A. u. S. zu Kaiserlautern dem Bierverleger W. zu Friedrichsthal auf die Dauer von 25 Jahren den Vertrieb ihres Bieres in Friedrichsthal und Umgegend übertragen. In dem Vertrage war weiter bestimmt, daß W., wenn er auch nur einmal von einer anderen Brauerei Bier beziehen sollte oder für den Biervertrieb einer anderen Brauerei oder Bierhandlung als derjenigen der Firma A. u. S. in irgend einer Weise tätig sein sollte, für jeden Fall der Zuwiderhandlung eine Konventionalstrafe von 1000 Mk. zu zahlen habe. Als Vergütung für seine Tätigkeit hatte W. eine Provision von 250 Mk. für jedes Dekoliter Bier zu beanspruchen, welches abgesetzt und bezahlt wurde. Ferner zahlte die Brauerei dem W. als Preis für die von ihm zugeführte Rundschiff den Betrag von 5000 Mk. und gewährte ihm ein Darlehen von 11 400 Mk. Im Jahre 1905 brach W. seine Geschäftsverbindung mit der Brauerei ab und ging zu anderen Brauereien über. Hierauf klagte die Brauerei A. u. S. gegen W. die für diesen Fall vereinbarte Vertragsstrafe ein. W. machte geltend, daß der Vertrag gegen die guten Sitten verstoße und deshalb rechtsunwirksam sei, weil die ihm

darin auferlegten Leistungen (Bierbezug auf die Dauer von 25 Jahren bei Vermeidung einer so bedeutenden Konventionalstrafe) in keinem Verhältnis zu den erheblich geringen Gegenleistungen der Brauerei ständen. Das Landgericht zu Saarbrücken, welches in erster Instanz nicht gelten und verurteilte W. zur Zahlung der Konventionalstrafe. Auf erhobene Berufung änderte jedoch der 3. Zivilsenat des Kölner Oberlandesgerichts durch Entscheidung vom 2. Oktober d. J. das landgerichtliche Urteil dahin ab, daß die Brauerei mit ihrem Anspruch auf Zahlung der Konventionalstrafe abgewiesen wird. Das Oberlandesgericht ist der Auffassung, daß die Rechtsgültigkeit des Vertrages nach § 138 Absatz 1 B. G. B. verneint werden müsse. Die Klägerin sei allerdings berechtigt, sich vertraglich ein festes Abschlaggebiet zu verschaffen und dieses durch Vertragsstrafen gegen den Wettbewerb anderer Brauereien somit möglichst zu sichern. Auch ist es nicht zu verkennen, daß die Klägerin selbst in dem Vertrage sehr erhebliche Leistungen übernommen und namentlich dem Beklagten für seine Rundschiff über 5000 Mk. bar bezahlt hat. Daneben wurde dem Beklagten sein Geschäft eingerichtet und ein Betriebskapital von 11 400 Mk. als Darlehen gegeben. Wenn nun hier nach zwar eine Absicht der Klägerin ausgeschlossen erscheint, den Beklagten auszubeuten, um ihm nur eine im Mißverhältnisse zu den Leistungen stehende Gegenleistung zu gewähren, so ist doch andererseits die vereinbarte Vertragsstrafe von 25 Jahren nach der ganzen Sachlage eine derartig übermäßige, daß hierin eine den guten Sitten widersprechende Beschränkung der wirtschaftlichen Freiheit des Beklagten erblickt werden muß.

Über Kulturbilder aus deutscher Vergangenheit spricht heute abend im Vereinshaus Herr Th. Weenzen aus Leipzig. Der Vortrag wird durch hundert kolorierte Riefenlichtbilder auf das beste unterstützt. Heute abend muß die Parole sein: Auf ins Vereinshaus.

Stadttheater - Provisorium. Aus der Theaterkassette schreibt man uns: „Fräulein Vorwärts“, der neueste Schwank von Heinz Gordon, wird Donnerstag zum zweiten Male in Szene gehen. Freitag wird Beethovens unsterbliche Oper „Fidelio“ gegeben in erstklassiger Besetzung aller Partien; Kapellmeister Abendroth wird diese Oper dirigieren. Sonnabend bleibt das Theater geschlossen, während Sonntag als große Fremden-Vorstellung, um 6 Uhr beginnend, „Lohengrin“ letztmalig gegeben wird.

Stollsdorf. Großes Heil wird den hiesigen Einwohnern widerfahren; der Pastor Egge, der durch seine Arbeiterfreundlichkeit sich eines besonderen Ansehens in der Gemeinde erfreut, ist zum Prediger in der Kirche in Schönwolde ernannt. In letzterem Orte soll die Arbeiterkassette leider noch ziemlich rückständig sein, was für diesen Fall von einer gewissen Bedeutung ist.

Elmhorn. Die eingemauerte Feuerspritze von Kiebigreihe. Bekanntlich sollte vor einiger Zeit in Kiebigreihe bei Elmhorn die Feuerspritze im Spritzenhause regelrecht eingemauert worden sein. Nach der „Elmh. Ztg.“ ist die ganze Geschichte erfunden. Zur Zeit des Anbaues hatte die Spritze in einem anderen Gebäude Unterkunft gefunden. — Die Kiebigreiter Gemeindevertretung will nunmehr gegen den Verbreiter des Gerüchtes gerichtlich vorgehen.

Hamburg. Ein Unfall mit tödlichem Ausgang ereignete sich Montag in der Janssenschen Brauerei in der Rosenstraße, wo dem Braugehilfen Carl Brunow ein Bierfaß auf den Körper fiel. B. erlitt eine Darmzerreißung und wurde ins St. Georger Krankenhaus gebracht, wo er gestern seinen Verletzungen erliegen ist.

Kiel. Freisinn und Landtagswahlrecht. Am 19. Oktober hat in Kiel der auf dem Boden der deutsch-freisinnigen Partei Schleswig-Holsteins stehende liberale Verein in einer stark besuchten öffentlichen Wähler-Versammlung nach Vorträgen der Reichstags-Abgeordneten Dr. Leonhart-Kiel und Hornmann-Bremen sowie des Landtags-Kandidaten Hoff-Kiel auf Antrag des Reichstags-Abgeordneten Dr. Struve-Kiel die nachstehende Resolution einstimmig angenommen: „Die vom Kieler liberalen Verein einberufene, von vielen hundert Bürgern aller Gesellschaftsklassen besuchte öffentliche Versammlung dankt dem Reichstags-Abgeordneten Hornmann für seine Ausführungen. Sie fordert mit aller Entschiedenheit die baldige Einführung des Reichstagswahlrechtes für Preußen und eine neue, nach der Bevölkerungszahl gerecht bemessene Einteilung der Reichs- und Landtagswahlkreise. Sie richtet an die drei freisinnigen Fraktionen die bringende Bitte, den Zusammenschluß der drei freisinnigen Parteien zu einem organischen Ganzen energisch zu fördern. — Mit dergleichen Resolutionen sucht man die Wähler zu täuschen, denn der Freisinn denkt bekanntlich gar nicht daran, für Preußen das Reichstagswahlrecht zu fordern; das könnten doch seine Bloßfreunde übernehmen.“

Flensburg. Von der Bahn überfahren. Auf der Station Abhüll der Staatsbahn Flensburg-Sonderburg wurde die Ehefrau Michelsen überfahren und getötet, sie kehrte von einem Besuch ihrer Kinder aus Flensburg nach Abhüll zurück.

Leterow. Vom Glend der Schnitter. Die Schnitterin Michalina Lubezka aus Rußland wurde verhaftet, weil sie verdächtig ist, heimlich geboren und das Kind in einer Sandgrube bei Neu-Panstorff ausgelegt zu haben. Außerdem sieht sie im Verdacht, im vorigen Jahre, wo sie als Schnitterin in Hohen-Mistorf arbeitete, den Tod ihrer 1 1/2 Jahre alten Tochter durch Vernachlässigung und Unterlassung der erforderlichen Pflege herbeigeführt zu haben.

Sitzow. Schwurgericht. Am Sonnabend hatten sich der Steinschläger K. Dombrowski und dessen Vater, der Steinschläger H. Dombrowski, zu verantworten. Ersterer war wegen Körperverletzung mit tödlichem Ausgang, Sachbeschädigung und wegen Hausfriedensbruch angeklagt. Die Sache hat sich gelegentlich einer Geburtsfestgesellschaft bei den Steinschlägern an der Chauffee-Lohnhof und Wechen abgespielt. Robert D. wurde zu 4 Jahren 8 Monaten Gefängnis unter Anrechnung von zwei Monaten Untersuchungshaft, Heinrich D. zu 1 Monat 1 Woche Gefängnis verurteilt. Die Dombrowskis arbeiteten an dem Chauffeebau von Lohnhof nach Wechen (Strelitz). Am 21. Juli fand eine Geburtstagsfeier statt. Daran nahm auch die Steinschlägerfamilie Wölke teil. Als die Feiere zu Ende war, ging K. D. einem Steinschläger Emil Wölke nach und schlug ihn mit einem Spaten auf den Kopf, sein hinzutretender Bruder Swald erhielt einen Schlag auf den Arm, der einen Bruch zur Folge hatte, außerdem warf K. D. dem Swald W. einen Stein auf den Kopf; H. D. bedrohte diesen auch noch. Robert D. hat dann dem Emil W. noch Schläge auf den Kopf versetzt; letzterer ist gestorben. — In der beendeten ersten diesjährigen außerordentlichen Schwurgerichtsperiode wurde an 6 Tagen gegen 10 Angeklagte verhandelt. Von ihnen hatten sich zu verantworten wegen Meineids 4, wegen Körperverletzung 2, wegen Mordes, Mordversuchs, Fälschung und Brandstiftung je 1. Verurteilt wurden 8 freigesprochen

2 Personen. Die höchste Strafe lautete (wegen Mordes) auf 20 Jahre Zuchthaus, die niedrigste (wegen Körperverletzung) auf 1 Monat 1 Woche Gefängnis. Insgesamt wurden 6 Jahre, 10 Monate und 1 Woche Gefängnis, sowie 1 Jahre und 10 Monate Zuchthaus gegen diese Verurteilten ausgesprochen.

Schwerin. „Ritter“ gegen Schule, Lehrer, Pastor. In dem zum von Leerschen Fideikommiß gehörigen Gute Vielkühbe bei Gadebusch ist es, so berichtet die „Schulzeitung“, schon lange keine Seltenheit mehr, daß einzelne größere Schüler und Schülerinnen auf Befehl der Gutsobrigkeit fast den ganzen Sommer aus der Schule herausgenommen werden, sei es, um einen fehlenden Knecht zu ersetzen, sei es, um das herrschaftliche Federweid zu pflanzen. Daß bei besonderen Gelegenheiten — Treibjagden, Kartoffelpflanzen usw. — alles, was Weine hat, abkommandiert wird, ist selbstverständlich, denn billigere und willigere Arbeitskräfte als Kinder gibt es nicht; und daß irgendwo im deutschen Vaterlande sogenannte Gesetze über Kinderbeschäftigung bestehen, davon weiß man anscheinend in der mecklenburgischen Ritterschaft auch nichts. Ein Brief, den der Inspektor des Gutes an den dortigen Lehrer geschrieben hat, mag zeigen, welche obskuren Ansichten die maßgebenden Personen im Orte über ihre Machbefugnisse den Schülern und der Schule gegenüber haben. Er lautet:

„Sehr geehrter Herr S.! Diejenigen Kinder, welche zum Kartoffelpflanzen gebraucht werden, sollen, wie ich Ihnen am Sonnabend mitteilte, an den Pflanztagen von der Schule frei sein. Soeben erklärt Koops Frau, Ihre Tochter hätte gesagt, Sie könnten die Kinder nicht frei geben. Im Auftrage des Herrn v. Leers habe ich die Kinder freigegeben und hat nach meiner Auffassung keiner mehr dazwischen zu reden. Mit bestem Gruß Ihr W. B. Vielkühbe, den 6. V. 07.“

Nach diesem Muster wurde dann frisch weiter „freigegeben“, bis endlich die Hundstage völlige Freiheit brachten. Diese wurden gleich auf das gesetzlich zulässige Höchstmaß von fünf Wochen festgelegt. (Vgl. Ferienordnung vom 3. April 1879, § 6, Abs. II.) Über die Zeit verstrich, ohne daß die Ernte beendet war, und weil unser Herrgott die mecklenburgischen Dorfkinder nun einmal in erster Linie zu Ruh und Frommen der Ritter geschaffen hat, so blieb kraft ritterlichen Machtpruches die Schule auf weitere vierzehn Tage geschlossen. Die Vielkühber Schulfrauen und die der eingeschulften Dörfer Frauenmarkt und Weelböken konnten sich weiterhin ganz ihrer landwirtschaftlichen Ausbildung widmen. Mit dem Essen kommt bekanntlich der Appetit. Gegen Ende der siebten Ferienwoche traf der Ritter den Lehrer, und nach dem bekannten Rezept: „Es hat keiner dazwischen zu reden“, hieß es: „Die Schule bleibt noch mal auf acht Tage geschlossen; sagen Sie das dem Pastor“ (Vielkühbe ist Kirchdorf). Unmöglich konnte dieser in seiner Eigenschaft als Schulinспекtor in eine weitere Verlängerung der Ferien willigen. Er beauftragte den Lehrer, mit dem Montag der achten Woche den Unterricht zu beginnen, und ersuchte den Herrn v. L. brieflich, nicht verhindern zu wollen, daß wenigstens die Frauenmarker und Weelböcker Kinder zur Schule kämen. Dieser Brief des Pastors wurde vor den Augen des Lehrers zertrümmert mit den Worten: „Das ist die Antwort darauf!“ Dem Lehrer wurde mit sofortiger Abfertigung droht, falls er sich einfallen lassen sollte, Schule zu halten. Weil aber auch dies noch nicht sicher genug schien, mußte schließlich die Schultube verschlossen und der Schlüssel abgeliefert werden. So kamen richtig acht Wochen Hundstagsferien heraus (29. Juli bis 21. September). Über den weiteren Verlauf dieses „Stück Mittelalters“ können wir uns kurz fassen. Der Pastor hat die Angelegenheit dem Oberkirchenrat unterbreitet, der sie seinerseits dem Ministerium übermittelt hat. Gleichzeitig hat die Gutsobrigkeit den Lehrer wegen Ungehorsams und den Pastor wegen Anstiftung zum Ungehorsam gegen die vorgelegte Behörde angezeigt! O tempora, o mores! — Du fragst nun, lieber Leser, warum Pastor und Lehrer sich solche haarsträubenden Ungeheuerlichkeiten so lange haben gefallen lassen. Gestatte, daß zunächst ich Dir einige Fragen vorlege. Wie ist es möglich, daß man in einem Kulturstaat des 20. Jahrhunderts einen großen Teil des Volksschulwesens noch immer unter dem Fluch der Ritterschaft feigen läßt? Warum hat man Predigtamt und Schulinспекtorat nicht längst getrennt?

Bremen. Die deutsche überseeische Auswanderung im Monat September 1907 und in dem gleichen Zeitraum des Vorjahres. Es wurden befördert

über	1907	1906
Bremen	1959	1779
Hamburg	1100	1050
deutsche Häfen zusammen	3059	2829
fremde Häfen (soweit ermittelt)	407	472
überhaupt	3466	3301

Aus deutschen Häfen wurden im September 1907 neben den 3059 deutschen Auswanderern noch 23 470 Angehörige fremder Staaten befördert, davon gingen über Bremen 17 798, über Hamburg 5672.

Bremen. Von der Agitation. In Bremen geben die Genossen vom 1. Oktober ab eine monatlich erscheinende Agitationschrift „Der Sozialdemokrat“ heraus, die eine bessere, systematische Verbreitung sozialdemokratischer Grundsätze und Ziele ermöglichen soll. Die Schrift wird jeden ersten Sonntag im Monat in 30 000 Exemplaren gratis an die proletarische Bevölkerung verteilt. Bekanntlich ging in Bremen bei der letzten Reichstagswahl das Mandat verloren. Aus einer aufgemachten Statistik über die soziale Gliederung der bremischen Wähler ging hervor, daß auch ein erheblicher Teil (2500) der Arbeiterwähler für den Gegner gestimmt hatten. Dieser nur auf Unkenntnis über die Bestimmungen der Sozialdemokratie zurückzuführende Erscheinung entgegenzuwirken, soll Aufgabe des „Sozialdemokrat“ sein.

Handels- und Markt Nachrichten.

Steinshaus-Viehmarkt
22. Oktober.
Der Schweinehandel verlief etwas reger. Zugesührt wurden 5500 Stück, davon vom Norden — Stück, vom Süden — Stück. Preis: Versandschweine schwere 59—60 Mk., leichte 57—57 1/2 Mk., Sauen 48—54 Mk. und Ferkel 50—55 Mk. pro 100 Pfund.

Briefkasten.
H. B. S. kann Donnerstag nicht. Et.
Verantwortlich für die Rubrik Lübeck und Nachbargebiete und die mit P. L. gezeichneten Artikel Paul Löwigt; für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwart. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Leo Leibholz & Co.

Lübeck.

Holstenstraße 25/33.

Eine bedeutungsvolle Woche

Aur soweit Vorrat! für das kaufende Publikum Nicht an Wiederverkäufer!
von Montag, d. 21. Oktober bis einschliesslich Sonntag, d. 27. Oktober,

Wir gewähren diese Woche auf alle Waren in allen Abteilungen **.. trotz der enorm billigen Preise .. einen Propaganda-Rabatt von 20%.**

- Schürzen-Gingham 115 cm breit, pa. starkl. Ware, Mtr. **62 Pfg.**
- Schürzen-Gingham 120 cm br., prima Stepp-Schürzen **82 Pfg.**
- Bett-Züchen 1 1/2 bettig, garant. waschecht, Meter **65 Pfg.**
- Bett-Züchen 1 1/2 bettig, la. Qualität, Meter **78 Pfg.**
- Hemdentuch 90 cm breit, Spezial-Qualität, Meter **38 Pfg.**
- Hemdentuch 80 cm breit, grobfädig, Meter **46 Pfg.**
- Unterrock-Velour la. Qualit., garant. waschecht, Meter **60 Pfg.**
- Bettbezug Züchen und Cretonne, 120 cm breit **2 35 Mk.**
- Bettbezug Züchen und Cretonne 1 1/2 bettig **2 75 Mk.**
- Kissenbezug weiss mit Langnette . . . **78 Pfg.**
- Kissenbezug weiss mit Einsatza. Langnette **95 Pfg.**
- Bettuch Halbleinen, volle Breite, ohne Naht . **1 45 Mk.**
- Bettuch Halbleinen, la., volle Breite, ohne Naht **2 20 Mk.**
- Halbleinen volle Bettbreite, sehr preiswert Meter **1 15 78 Pfg.**

- Wachstuche 85 cm breit, hell oder dunkel gemustert Meter **1 05 Mk.**
- Wachstuche 100 cm br., in neuest. Dess., sehr preiswert . Meter **1 20 Mk.**
- Wachstuch-Decken 65x100 cm, abgepaßt **28 Pfg.**
- Schürzenband gestreift Stück **4 Pfg.**
- Nahtband schwarz, weiss, grau Stück **20 Pfg.**
- Zwirnband Stück 2 Meter **5 Pfg.**
- Tailenband Stück 4 1/2 Meter **14 Pfg.**
- Taillengürtel verstellbar Stück **12 Pfg.**
- Gummiband mit bunter Kante . . . Meter **14 Pfg.**
- Damen-Bluse Japan mit Einsätzen hübsch verarbeitet . . **3 90 Mk.**
- Damen-Spitzen-Bluse Geisblau, reich garniert **21 17.50 11 50 Mk.**
- Abendmäntel Fantasiestoffe m. besetzten Kragen **13 50 Mk.**
- Taschentücher Bafist, weiss mit Hoblsaum u. Durchbr. Stück **18 Pfg.**
- Taschentücher rein Leinen, mit echter Madeira-Langnette Stck. **75 Pfg.**

- Damen-Beinkleid Hemdentuch mit Trimming **92 Pfg.**
- Damen-Knie-Beinkleid mit Stickerei u. Bändchen, weit und lang . . **1 35 Mk.**
- Damen-Beinkleid Piqué mit Trimming **1 25 Mk.**
- Herren-Hemd vollkommen, weit u. lang **1 75 Mk.**
- Damen-Hemd mit Trimming, Vorderschluss weit u. lang . . **95 Pfg.**
- Damen-Hemd Vorderschluss m. Barmer Langnette **1 55 Mk.**
- Damen-Hemd Vorderschl., extra schw. Qualität und extra weit **1 95 Mk.**
- Damen-Hemd Achselschluss mit Trimming **1 10 Mk.**
- Damen-Hemd Achselschluss m. Barmer Langnette **1 65 Mk.**
- Damen-Leder-Hausschuhe warm gefüttert, rot u. schwarz . . . Paar **2 35 Mk.**
- Damen-Plüsch-Pantoffel mit Ledersohle u. Fleck Paar **1 10 85 Pfg.**
- Kinder-Gord-Pantoffel mit Filzsohle und Fleck Paar **38 33 Pfg.**
- Herren-Boxcalf-Stiefel Schnür-, Zug- u. Schnallen Paar **7 25 Mk.**
- Schuh-Crème schwarz . . . grosse Dose **38 Pfg.**

- Fertiges Bett Nr. I Oberbett, Unterbett, Pfühl und Kissen **14 50 Mk.**
- Fertiges Bett Nr. II Oberbett, Unterbett, Pfühl und Kissen **17 40 Mk.**

- Fertiges Bett Nr. III Oberbett, Unterbett, Pfühl und Kissen **23 45 Mk.**
- Fertiges Bett Nr. IV Oberbett, Unterbett, Pfühl und Kissen **29 70 Mk.**

- Fertiges Bett Nr. V Oberbett, Unterbett, Pfühl und Kissen **35 40 Mk.**
- Fertiges Bett Nr. VI Oberbett, Unterbett, Pfühl und Kissen **45 30 Mk.**

- Reinleinen volle Bettbreite Meter **1 55 Mk.**
- Haustuch 140 cm breit, besonders billig . **1 35 Mk.**
- Gerstenkorn-Handtücher Meter **38 Pfg.**
- Gerstenkorn-Handtücher Halb. in 48 **42 Pfg.**
- Köper-Inlett 140-160 cm breit, 1. Oberbett u. Kissen Meter **2 10 1 80 1 60**
- Eimer verziert

	22	30	28 cm
	1 15	95	75 Pfg.
- Wannen verziert

	55	55	45 cm
	2 75	2 10	1 45 Mk.
- Hyazinthengläser mit Hyazinthen-zweigen **25 Pfg.**
- Kinderflaschen Dutzend **72 Pfg.**
- Mod. Likör-Service komplett . . . **1 35 Mk.**
- Damen- u. Kinder-Gürtel Leder u. Lack **45 Pfg.**
- Damen-Leder-Gürtel mod. Formen, alle Farben **90 Pfg.**

- Hängelampen 28 cm komplett **3 45 Mk.**
- Hängelampen 30 cm komplett **4 95 Mk.**
- Hängelampen 28 cm komplett, mit Majolika-Körper **4 95 Mk.**
- Stehlampe mit Metallfuss 10" **1 75 Mk.**
- Stehlampe mit Messingfuss 14" **2 95 Mk.**
- Majolika-Stehlampe 14" **3 45 Mk.**
- Damen-Beinkleider rosa Velour mit Langnette Paar **95 Pfg.**
- Damen-Unterrock Wolle gestrichelt mit Bordüre **95 Pfg.**
- Damen-Unterrock kariert Velour mit Velour-Langnette **1 45 Mk.**
- Velour-Tücher reichlich gross, lebhaft Farben **1 50 Mk.**
- Parch.-Herren-Hemden 150, 120 **90 Pfg.**
- Oelröcke schwarz 8.75 8.50 **6 00 Mk.**
- Oelröcke gelb 10.50 **7 50 Mk.**
- Oeljacken gelb **6 00 Mk.**
- Südwesten 1.25 **1 00 Mk.**
- Wecker-Uhren gut gehend, mit solidem Werk **1 90 Mk.**
- Wecker-Uhren la. Werk, 2 Glocken **2 45 Mk.**
- Zwirn- u. Leder-Westen 1.95, 1.35 **1 45 Mk.**

- Damen-Ballschuhe hoher Absatz, Lactuch mit Spange und Schleife **1 80 Mk.**
- Damen-Stiefel Chevette mit Lackkappe hochelegante Form . . . **6 75 Mk.**
- Gummi-Absätze Paar 65 **40 Pfg.**
- Koch-Jacken **8.95 3 45 Mk.**
- Friseur-Jacken **4.25 2 95 Mk.**
- Schlachter-Jacken la. Satin **4.50 3 50 Mk.**
- Schlachter-Schürzen **1.60 1.25 1 10 Mk.**
- Diener-Jacken **5.00 4.75 3 50 Mk.**
- Drell-Jacken **2.45 1.65 1 45 Mk.**
- Monteur-Jacken blau, schräg u. gerade **2.25, 1.60 1.45 1 20 Mk.**
- Blaue Pilot-Jacken **4.20 3.25 2 95 Mk.**
- Blaue Pilot-Hosen **3.75 2.85 1 95 Mk.**

Ca. 1000 Kinder-Kleider
 in einfacher und eleganter Ausführung
 von **1 75 bis 38 50 Mk.**

Ca. 250 Kostüme 38.50 26.50 18.75 **12 50 Mk.**
 aus Tuch, Cheviot und Fantasiestoffen.
 Liffboy und Tailor-made, vornehme Verarbeitung.

- Damen-Strümpfe schwarz, demschönig, Wolle yonant Paar **48 Pfg.**
- Damen-Strümpfe demschönig, in neuesten Dessigns Paar **95 Pfg.**
- Kinder-Strümpfe demschönig, sehr haltbar Paar 63 56 45 **35 Pfg.**

- Maler-Kittel **2.90 2.40 2 10 Mk.**
- Drell-Hosen **1.85 1.75 1 45 Mk.**
- Manchester-Hosen **6.75 5.50 3 75 Mk.**

Trotz dieser enorm billigen Preise auf alle Waren, einen Propaganda-Rabatt von 20%.
 *abgenommen einzelne Markenartikel.

Fünfter Verbandstag des Seemannsverbandes.

Hamburg, 21. Oktober.

Der Verbandstag wurde vormittags 10 Uhr eröffnet durch einen Vortrag der Liedertafel.

Der Verbandsvorsitzende Paul Müller begrüßte die Anwesenden in einer packenden Ansprache, in welcher er zunächst darauf hinwies, daß zum ersten Male die Seeleute in einem Heimats der organisierten Arbeitertage, das ein Denkmal darstelle der praktischen Arbeit und ihrer Erfolge, der Schaffensfreudigkeit und der Hingabe an die große Sache, die Merkmale des gleichen Geistes, der die politische und wirtschaftliche Arbeiterbewegung beseele. Der Verbandstag treffe in einem geschichtlich bedeutsamen Moment zusammen; vor 10 Jahren sei in Hamburg der erste deutsche Seemannskongress zusammengetreten zum Zwecke, die Kräfte der Seeleute in einer Zentralorganisation zusammenzufassen. Wie im Rheinland für die Industrie, so sei in Hamburg für Handel, Verkehr und Schifffahrt der Hort der rückständigsten Reaktion, hier herrschten Könige des Kapitals gewaltiger, als irgend ein gekrönter Potentat, gewillt und bereit, die Organisationen zu vernichten, die Arbeiter zu unterjochen und auszubeuten. Der ewig denkwürdige Kampf von 1896/97 gab den Anstoß zur Schaffung des Verbandes, die der verderblichen Zersplitterung ein Ende bereite. So klärt die Reaktion die rückständigen Massen auf und schweift sie zusammen. Die Organisation, bisher gebildet, weil nicht gefürchtet, ward jetzt gehaßt, weil man sie zu fürchten begann. Die Reederpresse verjuchte, die Behörden gegen den Verband mobil zu machen, um ihn im Keime zu ersticken. Vergeblich! Langsam, aber sicher ging es vorwärts. Der Verband suchte programmgemäß friedlich-schiedlich das Los der Seeleute zu verbessern, ihnen Rechte, Freiheit, Schutz zu schaffen, die Reeder vereitelten dies. Damit finden wir uns ab. Den Ernst der gegenwärtigen Situation verkennen wir nicht: dem Scheinertroß auf politischem Gebiete möchte man gar zu gern das Niederreißen der Gemüter folgen lassen. Wir bauen auf die Größe und Güte unserer Sache: die Notwendigkeit unserer Verbandes wird durch seine Existenz, seine Erfolge bewiesen. Ohne ihn kein Fortschritt auf wirtschaftlichem Gebiete. Die Reeder bauen eifrig an ihrer Organisation, das werden auch wir tun. Wir werden uns mit der Frage des Industrieverbandes, der Chinesen- (Farbigen) Frage, der Revision der Seemannsordnung und der sonstigen seemannischen Gesetzgebung, der Reorganisation des Verbandes beschäftigen. Und wir werden diese Dinge als Männer erleben, die sich der Verantwortlichkeit ihrer Aufgabe voll bewußt sind.

Im Anschlusse hieran begrüßte Redner die Delegierten und Gäste. Es sind anwesend 23 Delegierte, 5 sonstige Verbandsfunktionäre, Schumann für die Generalkommission und mit Schulzki zugleich für den Transportarbeiterverband, Börling für den Hafenarbeiterverband, Scheffel für die Heizer und Maschinisten, Meindke für die Eisenbahner und Fochade für die Internationale Transportarbeiter-Föderation.

Schumann sprach namens der Gäste und gab der Hoffnung Ausdruck, daß der Verbandstag der Seeleute, der im Vordergrund stehen das Unerkennbare bestehende Gruppe, dazu beitragen werde, daß bald eine einheitliche Organisation aller verwandten Berufe zustande komme.

Nach Erledigung der üblichen Formalitäten erstattete Paul Müller den Bericht des Verbandsvorsitzenden, indem er die gedruckte Vorlage ausführlich ergänzte. Er betonte, daß den Wahlen zu den Körperschaften der Versicherungs-Gesetzgebung mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden müsse; das liege im Interesse der hilflosen Versicherten. Weiter gab der Redner eine Reihe praktischer Winke für die mündliche und schriftliche Agitation, für die Statistik usw., forderte den Ausbau des Beamtenwesens, nicht aus Vorliebe für das Beamtentum, sondern im Interesse der Organisation, und behandelte dann die Frage des Industrieverbandes. Hier handelte es sich nicht bloß um eine Aussprache, sondern um die Fassung eines maßgebenden Beschlusses. Nachdem durch die Urabstimmung im Hafen-

arbeiterverbände die Frage auf den toten Punkt geraten gewesen, seien kürzlich in erneuten Beratungen Grundlagen für die Lösung derselben geschaffen. Was den Industrieverband betreffe, so müsse er von vornherein der Auffassung entgegengetreten, als sei es nach dessen Schaffung möglich, sofort das Unternehmertum an die Wand zu drücken. Es werde nach wie vor Kämpfe, Siege und Niederlagen geben. Illustrierte Generalstreikswärmer, wie sie sich zum Teil bemerkbar mache, sei nicht am Platze, man müsse auf dem Boden der realen Wirklichkeit bleiben. Manche Schwierigkeiten erwachsen unsfreitig aus dem Zusammenschlusse, aber die Vorteile überwiegen zu sehr, als daß man sich als verständiger Mensch dagegen sträuben dürfte. Der Vorstand empfehle die Annahme folgender Resolution:

Der 5. Verbandstag des Seemannsverbandes in Deutschland anerkennt erneut die Notwendigkeit des immer engeren Zusammenschlusses der im Transportgewerbe zu Wasser und zu Lande beschäftigten Arbeiter auf streng zentralistischer Grundlage; er anerkennt auch prinzipiell die Notwendigkeit der Vereinigung der hier in Frage kommenden Berufsverbände zu einem allgemeinen, alle Berufsgruppen im Transportgewerbe zu Wasser und zu Lande umfassenden Industrieverband.

Diese organisatorischen Notwendigkeiten ergeben sich für die Transportarbeiter zu Wasser und zu Lande, aus der ständig vor sich gehenden Konzentration des Kapitals, aus der sich immer straffer und einheitlicher vollziehenden lokalen, nationalen und internationalen Organisation der Unternehmer in Verbindung mit einer deutlich erkenn- und merkbaren Verschärfung des wirtschaftlichen Kampfes, soweit insbesondere der Schiffsbetriebs in Frage kommt.

Ungeachtet dessen erklärt der Verbandstag, daß der im Prinzip anzuerkennende Industrieverband nur dann die nötige Lebens- und Entwicklungsfähigkeit und Stoßkraft besitzen und praktisch betätigen kann, wenn er den gesonderten, in der Eigenart der Berufe begründeten Interessen sowohl in der Form der Gliederung und des organisatorischen Auf- und Ausbaues, als auch in agitatorischer und taktischer Beziehung in hinreichendem Maße Rechnung trägt.

Von dieser notwendigen Erkenntnis ausgehend, akzeptiert der Verbandstag die Grundlage, die die farteilerten Zentralvorstände in der Hamburger Konferenz vom 7. und 8. September 1906 für den Zusammenschluß der fraglichen Verbände in einem allgemeinen Industrieverband gegeben haben, und ermächtigt den Zentralvorstand auf dieser Grundlage zu weiteren Unterhandlungen — wenn solche von den übrigen Verbänden gewünscht werden — um so den Plan eines Industrieverbandes für alle Transportarbeitergruppen zu realisieren.

Von der weiteren Erkenntnis ausgehend, daß der zu gründende Industrieverband der Transportarbeiter nur dann die in ihn gesetzten Erwartungen erfüllen kann und wird, wenn er alle Gruppen der Transportarbeiter umfaßt, lehnt der 5. Verbandstag des Seemannsverbandes den vorherigen Zusammenschluß mit einem der hier in Frage kommenden zentralen Berufsverbände ab, ermächtigt aber den Zentralvorstand, wenn auch nicht mit künstlicher Forcierung, so doch mit der erforderlichen Umsicht und zeitlicher Beschleunigung, bei dem sich zu erwartenden Entgegenkommen der übrigen Berufsverbände, die eritrete und als unabweisbare Notwendigkeit anerkannte Schaffung des Industrieverbandes auf der vorerwähnten Grundlage zu fördern, um sie baldigst zur Tat werden zu lassen.

Der Verschärfung der wirtschaftlichen Kämpfe, der Vergrößerung ihres Umfanges müsse durch Zusammenfassung aller Kräfte begegnet werden. Notwendig für die Seeleute sei vor allem die Erhaltung ihres Arbeitsmarktes, werde ihnen das genommen, so werde das Lebensmark abgegriffen. Dazu könne in Rücksicht auf die tausenderlei seemannischen Sonderinteressen niemand die Hand bieten. Er halte auch die Schaffung mehrerer Blätter unter einer kollegialen, in allen Prinzipienfragen sich verständigenden, einheitlich arbeitenden Redaktion für recht einfach. Sollte aber der Zusammenschluß erfolgen, so müsse der Seemannsverband erst durch Umgestaltung seiner Beiträge und Unterstufungseinrichtungen auf-

nahmefähig gemacht werden. Alle anderen Verbände hätten solche und würden sie aus Liebe zu den Seeleuten selbstverständlich nicht aufgeben. Der Zusammenschluß sei notwendig und möglich, wenn der Verbandstag im Ausbau des Verbandes seine Pflicht tue. Nur dann sei das Problem lösbar. Deshalb tue nächster, fühle Überlegung nach.

In der Nachmittags Sitzung legte Paul Müller sein Referat fort und behandelte zunächst die Frage der Beschäftigung von Chinesen und Farbigen auf deutschen Schiffen, zu der abseits des Zentralvorstandes folgende, den Gedankengang des Redners wiedergebende Resolution vorliegt:

Der 5. Verbandstag des Seemannsverbandes in Deutschland erklärt: Von der Anerkennung der Notwendigkeit der internationalen Solidarität und Harmonie der Arbeiterklasse aller Länder und Rassen ausgehend, darf die Frage der Beschäftigung von Chinesen, Malagen, Lasfaren und Negern auf deutschen Schiffen nicht als eine Frage des Rassenhasses, des Rassenkampfes oder der Rassenverdrängung betrachtet und erörtert werden, wenn sich die organisierte Seemannschaft nicht mit der diesbezüglichen grundsätzlichen Auffassung der sozialistischen fortgeschrittenen Arbeiterklasse und der bezüglich der Ausländerfrage vom internationalen sozialistischen Arbeiterkongress in Stuttgart 1907 gefaßten Resolution in prinzipiellen Konflikt begeben will, was nicht ihre Absicht ist.

Wohl ist aber die Frage berechtigt, ob nicht ein Teil der deutschen Großreederei nur deshalb Chinesen, Malagen, Lasfaren und Negern als Schiffsbesatzungen für deutsche Schiffe heranzieht, um mit ihrer Hilfe die Lebenshaltung der deutschen bezw. europäischen Seeleute herabzudrücken und insbesondere den deutschen Seeleuten ihr Bestreben, durch die gewerkschaftliche Organisation eine Erhöhung ihrer sozialen rechtlichen Lage in Form der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen erzielen zu können, zu erschweren bezw. gänzlich unmöglich zu machen. Diese Frage kann und muß auf Grund der gemachten Erfahrungen, soweit speziell Hamburger und Bremer Großreedereien in Frage kommen, bejaht werden, folglich ist die organisierte Seemannschaft Deutschlands nicht trotz, sondern infolge unierter grundsätzlichen Bewertung der internationalen Solidarität der Arbeiterklasse und der angezogenen Stuttgarter Resolution nicht nur berechtigt, sondern um ihrer selbst und gewissen Allgemeininteressen willen verpflichtet, sich gegen die Veranziehung der Chinesen, Malagen, Lasfaren und Negern zu den ausgeprochenen Zwecken der Großreederei zu wehren und sie mit allen erlaubten Mitteln zu bekämpfen.

Fest steht, daß die Großreederei auf ihren Schiffen Chinesen, Malagen, Lasfaren und Negern nicht aus humanitären Gründen, oder weil sie in tropischen Gewässern widerstandsfähiger seien, oder weil ein Mangel an deutschen Seeleuten bestehe, beschäftigen, sondern nur, weil sie anspruchsvoller, duldsamer, gefügiger und deshalb ausbeutungsfähiger sind; auch die Willigkeit ihrer Arbeitskraft dürfte mitbestimmend sein; außerdem ist ihr Anspruch auf gesetzlichen Schutz ein äußerst minimaler und zudem stehen sie außerhalb unserer seemannischen Arbeiterversicherung, und werden auf absehbarer Zeit von irgend einem wirtschaftlichen Koalitionsrecht keinen Gebrauch machen.

Die Annahme besteht zu Recht, daß die Großreederei in demselben Moment aufhören würden, Chinesen, Malagen, Lasfaren und Negern zu beschäftigen, wo diese bezüglich ihrer Ansprüche und Rechte mit den deutschen Seeleuten auf gleiche Stufe gestellt werden müßten; daß sie es nicht werden, darin besteht die Gefahr, darin bestehen die wirtschaftlichen, sozialen und rechtlichen Nachteile ihrer Anstellung für die einheimischen deutschen Seeleute.

Gegen diese erhebt der 5. Verbandstag des Seemannsverbandes entschiedenen Protest und fordert Regierung und Reichstag auf, in Rücksicht auf die vielseitigen Interessen der deutschen Seemannschaft, die hier in Frage stehen,

Ein verlornes Leben.

Erzählung von Octavio Burger.

(17. Fortsetzung.)

Hugo, fiel Brand ein, „Du gibst Annas wegen viel hin, ein Leben voll Reichtum und Glanz, wirst Du dies nie bereuen? Hast Du dich hinlänglich geprüßt, daß Du nie, wenn Anna Dein eigen ist, wenn des Lebens Sorgen vielleicht einst hart an Dich heranreten, daß Du nie im Stillen Dir selbst und ihr einen Vorwurf machen, daß Du nie diesen Schritt bereuen wirst?“

„Du würdest nicht so fragen, wenn Du je aufrichtig geliebt hättest,“ unterbrach ihn Hugo. „Ich sehne mich nicht nach Reichtum — nur sie will ich haben, sie soll mein eigen werden, dann will ich alles in Ruhe ertragen, was auch über mich kommen mag!“

„Gut, so will ich Dir einen Mann nennen, der im Stande ist, Annas Aufmerksamkeit zu erforschen.“

„Wer — wer?“ rief Hugo ungeduldig.

„Niklas List!“

„Niklas List?“ wiederholte Hugo erstaunt. „Niklas List — der Räuber?“

„Ja, der Dieb und Räuber; — er ist ja beides,“ erwiderte der Förster. „Er wird sie finden, denn seinem Auge bleibt so leicht nichts verborgen, seine Verbindung reicht über das ganze Land.“

„Und an ihn soll ich mich wenden — an ihn, der Annas Vater ermordet hat,“ warf Hugo ein; „ihm sollte ich vielleicht auch Annas Leben geben?“

„Du verkennt ihn,“ entgegnete der junge Förster. „Es steht ja in Deinem Willen, ob Du seine Hilfe annehmen willst oder nicht, nie würde er indes Anna ein Leid zufügen, denn obgleich er ein Räuber ist, besitzt er edle Züge.“

„Du kennst ihn also?“ fragte Hugo nicht ohne spöttischen Anklang.

„Ich kenne ihn,“ versicherte Brand. „In eigentümlicher Weise habe ich ihn kennen gelernt und wenn ich auch gegen niemand darüber gesprochen habe, so nehme ich ihn doch stets in Schutz, wenn er als ein gewöhnlicher Verbrecher geschildert wird. Das Geschick hat ihn zum Verbrecher ge-

macht, in seinem Charakter prägt sich Unglück und Verzweiflung aus. Ich habe Mitleid mit ihm gefühlt.“

„Seit wann kennst Du ihn?“

„Erst seit wenigen Wochen,“ fuhr Brand fort. „Ich hatte dieselbe Ansicht über ihn wie Du; ich glaubte noch all das, was das Volk von ihm erzählte, die Grausamkeiten, die ihm angedichtet wurden, ich hielt ihn wie Du für einen rohen Verbrecher, für ein Ungeheuer. Da lernte ich ihn selbst kennen. Ich war während der Nacht im Forst, es war eine stille, mondhele Nacht. Die Büchse über der Schulter schritt ich langsam dahin. Ich war mit der Absicht von Haus gegangen, einen Hirsch zu schießen — die Nacht zog mich mehr an, ich gab es auf. Sieh mich nur erstaunt an, auch ein Jäger hat Stunden, in denen er über seine Träume sein Liedes, die Jagd, vergißt. Ein Schuß schreckte mich plötzlich auf, wohi war er in ziemlicher Entfernung von mir gefallen, dennoch glaubte ich die Büchse eines Wildfrevelers aus ihm zu erkennen. Hastig schritt ich in der Richtung, aus welcher der Schall zu mir gedrungen war, weiter. Es blieb ringsum still. Blöglig vernahm ich die Stimmen einiger Männer hinter einem Felsen, der mich von ihnen trennte. Ohne Furcht trat ich vor. Ich erwartete Wildfreveler und obgleich ich deren Verwegenheit kannte, wußte ich doch auch, wie ein entschlossenes Auftreten auf sie einwirkte. Die Büchse in der Hand trat ich hinter dem Felsen hervor. Ueberrast blieb ich stehen. Vor mir auf freiem Platze in dem hellen Lichte des Mondes lagerten zehn bis zwölf Männer, meist wilde Gestalten. Der Hirsch, den sie geschossen, lag zur Seite. In ihrer Mitte standen mehrere Kisten mit Kleidungsstücken und anderen Gegenständen, welche sie verteilten. Schon der erste Blick verriet mir, daß es nicht allein Wilddiebe waren, unter welche ich geraten war — es waren die Räuber, welche die ganze Gegend unsicher machten und stets aufs neue in Schrecken setzten.“

„Ich will gestehen, daß mir das Herz schneller schlug. Raum hatten die Männer mich erblickt, als sie wild emporkorangen. Meine Büchse und auch wohl mein entschlossener Blick hielt sie zurück. Da wurde ich unerwartet von zwei kräftigen Händen von hinten umfaßt und zu Boden geworfen. Sofort stürzten mehrere über mich her und ehe ich noch Zeit gewann, mich zur Wehre zu setzen, war ich bereits an

Händen und Füßen gebunden. Wilde, rohe Flüche stießen die Männer aus. Sie durchsuchten meine Taschen und nahmen mir das wenige Geld ab, welches ich bei mir trug. Aus ihren Mienen mußte ich das Schlimmste erwarten. Schon versuchte einer von ihnen meine eigene Büchse, indem er auf meinen Kopf zielte.“

„Ich wußte nicht, woran ich damals dachte,“ erzählte Brand weiter, „nur den einen Entschluß hatte ich gefaßt, sollte ich einmal durch die rohen Hände dieser Räuber sterben, so wollte ich keine Furcht zeigen. Ein Mann trat in diesem Augenblicke unter den Bäumen hervor auf die Gruppe zu. Es war eine mittelgroße, unscheinbare Gestalt. Er sah mich gefesselt an der Erde liegen und erkaunt fragte er, was geschehen sei. Ich hörte die Antwort nicht, denn mehrere der Männer antworteten zu gleicher Zeit heftig, aufgeregt durcheinander. Ohne ein Wort zu erwidern, trat er auf mich zu und durchschnitt meine Fesseln. Ich sprang empor. Sofort wurde ich von mehreren Händen aufs neue erfaßt. „Laß ihn los!“ rief der, welcher mich befreit hatte, und seine Stimme klang befehlend. „Kein Haor soll ihm gekrümmt werden,“ fügte er hinzu, „denn es ist seine Pflicht, daß er den Wildfrevelern nachspürt. Ihr habt ihn beraubt — gebt ihm zurück, was Ihr ihm abgenommen habt — alles — ich will es!“

„Die Männer zögerten. Als er indes ungeduldig, heftig mit dem Fuße auf die Erde stampfte, erhielt ich mein Geld, meine Büchse und die mir abgenommenen Sachen zurück. „So, nun kommt,“ sprach er zu mir, „ich will Euch begleiten.“ Und er begleitete mich bis fast an meine Wohnung — er gab sich mir zu erkennen — er war Niklas List. Er erzählte mir aus seinem Erleben, — er durch seine Frau, durch Mitleid auf die unheimliche Bahn des Verbrechens gedrängt sei und wie er nun nicht mehr zurück könne. Er versicherte, daß es nicht seine Absicht gewesen sei, Annas Vater zu erschließen, er sei sogar bei ihrer Mutter gewesen und habe sie mit Geld unterstützt wollen — er sei zurückgewiesen. Er sprach erregt und währ zu mir, — er gestattete mir mehr als einen Blick in das Innerste seines Herzens und ich sah, wie die Verzweiflung daran zehrte. „Ich habe jetzt keine andere Wahl, keinen andern Weg mehr als den des Verbrechens —“ sprach er zu mir, „gut, ich will auf ihm fortstreiten, bis ich endlich an meinem Ziele an-

Soziales und Parteileben.

aber auch in Rücksicht auf die Schifffahrt, Leben und Gut auf dem Meere, die durch die Bemanning der Schiffe mit farbigen Mannschaften, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind, um deutsche Kommandos an Bord versehen zu können, arg gefährdet sind, die Bemanning deutscher Schiffe mit Chinesen, Malayen, Kasakern und Negern nur insofern zu gestatten, als dieselben der deutschen Sprache mächtig sind und sowohl in wirtschaftlicher als auch rechtlicher Beziehung mit den deutschen beziehungsweise europäischen Seeleuten gleichgestellt werden.

Der Verbandstag hält ein sofortiges Einschreiten der Regierung besonders in solchen Fällen für geboten und möglich, wo vom Reiche subventionierte bzw. vertraglich verpflichtete Hamburger und Bremer Schiffe — Ostafrika-Linie, Norddeutscher Lloyd und Hamburg-Amerika-Linie — in Frage kommen.

Der Zentralvorstand wird beauftragt, nach dieser Richtung die erforderlichen Maßnahmen alsbald an zuständiger Stelle zu ergreifen.

Redner wies u. a. darauf hin, daß, wie durch Erhebungen der Seebereitschaft zum Zwecke der Vorbereitung der Witten- und Waiienversicherung festgestellt, im Jahre 1905 auf deutschen Schiffen 4780 Seeleute beschäftigt waren, darunter 4828 Chinesen, Malayen, Kasakern u. a. Über auch die Juxter und Organe der Industrie, wie die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, propagieren die Einfuhr von chinesischen Kulis, um billiges Ausbeutungsmaterial zu haben. Man habe also alle Kräfte, auf der Wacht zu sein und die Schritte einzuschlagen, die in der Resolution angebeutet seien. Redner führt gewichtige Stimmen an gegen die Einfuhr von Kulis. Gewiß könne der chinesische u. Kuli ein moderner Mensch mit Kulturbedürfnissen werden, aber bis dahin habe es noch gute Wege. Die internationale Solidarität der Arbeiter werde davon nicht herührt; aber man dürfe dieses hehre Prinzip nicht zur Strafe ausarten lassen. Der Zweck der Kulibeschäftigung sei doch der, die Lebenshaltung der deutschen Arbeiter herabzudrücken, und dem dürfen diese nicht mit Gewalt bei Zugzuziehen. Redner mündet sich dann der Forderung betreffend Revision der Seemannsordnung und der des Ausbaues der sozialen Gesetzgebung für Seeleute zu, da auf diesem Gebiete noch viel zu tun sei. Ebenso sei die Frage der Disziplin und der Vorkaufs bezüglich Bemanning der Schiffe noch in der „Schwebel“, denn die Resolution des Reichstages vom 26. April 1902 habe sich immer noch nicht zu einem Gesetze verdichtet. Der Reichstag müsse also an diese Resolution erinnern werden, dem nationalen Volk werde Gelegenheit geboten, seine Arbeitereinstellung zu beweisen. Am Schlusse seiner Ausführungen erörtert Redner die vorliegenden Anträge, die u. a. die Herausgabe eines Heimen Legations für die seemannische Gesetzgebung, die Beschickung von gewerkschaftlichen Unterdeputierten, die unangenehme Verabfolgung des Verbandsorgans an die Reichsdeputierten und Agitationszwecken, die Einwirkung von lokalen Fächern und Zeitungskorrespondenzen in Verbindung mit Schiffsbibliotheken wien. verlangen.

Der Kassabericht erwähnt Meier-Hamburg. Der Kassabericht gibt Münch, der konstatiert, daß die Kassaverwaltung in bester Ordnung befunden ist.

Schmalfeldt-Stramachan legt den Aufsichtsbereich vor, aus dem ersichtlich ist, daß nur zwei unangenehme Beschwerden gegen den Zentralvorstand vorliegen.

Die Mandatsverordnungs-Kommission teilt mit, daß 28 Delegationen mit 27 Mandaten amvord sind. Die Mandate werden sämtlich für gültig erklärt.

In der Debatte wird hauptsächlich die Frage des Juxterverbandes erörtert. Die Gegner eines Juxterverbandes sind vier Organisationen haben weniger prinzipielle Bedenken ins Feld, sondern haben die Angelegenheit für noch nicht reif erklärt. In längerer Rede begründet Schmalfeldt-Stramachan einen baldigen Juxterverband, mit elementaren Forderungen wie es möge sein. Redner betont die guten Erfolge der Juxterverbände der Holz- und Metallarbeiter, die durch erfolgreiche Kämpfe für die Arbeiter geführt hätten. Die Juxterverbände zu Juxter und zu Lande müßten Hand in Hand arbeiten, was nur in einer Organisation möglich ist. Jetzt liegt die Sache in Schiffsverbände so, daß man die eine Branche in den Streit einzieht, die Anderer sich immer zu helfen wähnen. Dem schließt man, der Juxterverband sei jetzt noch nicht durchführbar, weil er der Unterdrückung u. Entwürdigung erzwinge, so ist dies kein Grund gegen den baldigen Juxterverband. Der Glaube, daß man zum dem Juxterverband auf dem Gebiete arbeiten könne, liegt er nicht aber eine Statistik würde einwandlos beweisen, mit dem auch gewerkschaftliche Arbeiter abgeschlossen und bei neuen Verhandlungen vor dem Rat auf der ganzen Linie ausgenommen werden können.

Um 6 1/2 Uhr ebenfalls wird die Sitzung auf Freitag verlegt.

13. Generalversammlung des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes. Zum Punkt „Der Heimarbeiterschutz in der deutschen Tabakindustrie“ hatte das Referat Fritz Geyer (Leipzig): Redner gibt eine chronologische Darstellung des Kampfes der organisierten Tabakarbeiter gegen die Hausarbeit. Die Geschichte der Bewegung der Tabakarbeiter beweist, daß man die Hausindustrie stets als Krebsgeschaden der Industrie betrachtet habe. Die höhere Besteuerung 1879 veranlaßte die Unternehmer, die Hausindustrie noch mehr auszubehnen. Die Regierung tat nichts, um den Bestreitenden des Unternehmertums entgegenzuarbeiten. Bei Enqueten habe sich die Regierung wohl an das hausarbeiterfreundliche Unternehmertum gewandt, aber nicht an die Arbeiter. Die Regierung verschleppte die ganze Angelegenheit. Der Gesetzentwurf der Regierung beschäftigte sich ausschließlich mit der Hausindustrie innerhalb der Zigarrenindustrie. Von einem Verbot der Hausindustrie, wie solches stets von den organisierten Tabakararbeitern und den Vertretern der Arbeiter im Parlament verlangt wurde, ist beim Entwurf keine Spur. Aber Regierung unter Unternehmertum nicht glauben, daß die organisierten Arbeiter ihren Manipulationen gegenüber ratlos und machtlos seien. Es stehe zu befürchten, daß die Blockparteien auch der Banderolensteuer zustimmen werden. Beim Gesetzentwurf betraf die Heimindustrie sei dasselbe zu befürchten, auch von den Freimünnigen könne das erwartet werden. Die Stellung der Tabakarbeiter sei klar. Diese vermerken den ganzen Entwurf. Redner empfiehlt die Annahme nachfolgender Resolution:

In Ermüdung, daß der vom Reichsamt des Innern dem Reichstag vorgelegte Gesetzentwurf betreffend die Herstellung von Zigarren in der Hausarbeit die gesundheitsschädlichen Wirkungen, sowie die materiellen Nachteile der Hausarbeit für die Tabakarbeiter nicht beseitigt, vielmehr den Hausarbeitern neue, schwere Lasten auferlegt und die Fortdauer der Hausarbeit zum Schaden der gesamten Tabakindustrie geeignet ermöglicht, beschließt die Generalversammlung des Deutschen Tabakarbeiterverbandes, an den Reichstagen früherer Generalversammlungen festzuhalten, die das gänzliche Verbot der Hausarbeit in der gesamten Tabakindustrie fordern.

Auf Antrag wird beschlossen, keine Diskussion über das Referat stattfinden zu lassen. Die Resolution Geyer wird darauf angenommen. — Die Vormittags-Sitzung am Freitag wird mit der Diskussion über die Beitragserhöhung ausgefüllt. Rubs (Generalkommission): Es handelt sich um die Sanierung der Finanzen Ihres Verbandes. Die Abrechnung Ihres Verbandes zeigt, daß sie nötig ist. Zwar haben Sie ein schweres Kampfsjahr hinter sich, aber es hat Ihre Finanzen geschwächt. Nun müssen Sie daran denken, Ihre Organisation wieder zu heben. Die Beschränkung der Karenzzeit um die vom Vorstände beantragten drei Tage ist das Geringste, was zu machen ist. Die Generalversammlung hat die Beschränkung, janzierend einzugreifen. Arbeiten Sie darauf hin, die Lage der Tabakarbeiter zu verbessern, dann werden größere finanzielle Anforderungen an den Verband die Folge sein. Um eine Beitragserhöhung werden Sie auch nach Annahme des Vorstandsvorschlags nicht herumkommen. Lehnen Sie ihn ab, dann wird die Beitragserhöhung um so härter sein müssen. Das Argument, Beitragserhöhungen machen Mitglieder dem Verband abtrünnig, habe ich auf vielen Generalversammlungen gehört, aber trotz der erfolgten Beitragserhöhungen in anderen Verbänden, die auch nur niedrig gelohnte Arbeiter organisierten, ist kein Mitgliederrückgang eingetreten. Unangenehme Worte werden Sie sich von Ihren Mitgliedern lassen müssen, wenn Sie Beitragserhöhungen beschließen, aber Sie können das ertragen, wenn Sie sich Ihrer Pflicht für den Verband bewußt waren und ihr nachkommen sind. Es wird beschließen, eine Kommission zur Statutenberatung zu wählen und diese aus sieben Personen bestehen zu lassen. Gewählt werden: Schmidt (Dresden), Rats (Minden), von Elm (Cottbus), Rogala (Breslau), Weinhauer (Nordhausen), Haberer (Tübingen), Wegner (Zweier).

Der neue Kongreß der Gewerkschaften Österreichs hat heute in Wien seine Verhandlungen begonnen. Auf der Tagesordnung stehen u. a.: Situations- und Rechenschaftsberichte der Reichskommission (Zürich), Bericht über den Solidaritätsfonds, Kasenerbericht und Bericht der Kontrolle. Berichte: a) die Tätigkeit des arbeitshilffähigen Arztes; b) die Tätigkeit der Unfallversicherungskommission; c) die Tätigkeit des Wasserstraßenarbeiters. Organisation und Taktik (Betriebsorganisation und gemeinsames Vorgehen bei Streiks). Arbeiterkongreß und das neue Parlament. Alkoholismus und Gewerkschaften.

Landesminister und Steiger. Wie die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt, wurde Montag der frühere Steiger Georg Steiner, Reichstagsabgeordneter des Steigerverbandes im Ruhrbezirk, vom Handelsminister empfangen. Er trug ihm die Wünsche des Verbandes vor. Der Minister erwiderte, daß bereits

seit längerer Zeit die Absicht bestehe, bei der demnächstigen Änderung des Allgemeinen Berggesetzes auch die Paragraphen 74 bis 76 zu ändern und dabei die berggesetzlichen Bestimmungen über das Dienstverhältnis der Grubenbeamten den entsprechenden Bestimmungen der Gewerbeordnung anzupassen. Im übrigen sei er nicht in der Lage, in das Vertragsverhältnis zwischen Bergwerksbesitzern und Grubenbeamten einzugreifen. — Den Steigern wäre anzuraten, daß sie sich nicht auf Versprechungen von Ministern verlassen, denn dann sind sie verlassen genug. Auch die Steiger müssen sich, genau so wie die Arbeiter, ihre Rechte erkämpfen.

Fachschüler als Streikbrecher. Am Donnerstag sind, wie unser Kamerader Parteiorgan berichtet, eine Anzahl Schüler von der Wermelskircher Fachschule für die Schuh- und Schäfteindustrie nach Bielefeld gereist, um im dortigen Schuhmachereistreibbrecherdienste zu leisten. Das ist wohl das Neueste auf dem Gebiete des Streikbrecherdienstes; der Vorfall zeigt uns aber auch, wozu Fachschulen gut sind. Es ist ein Skandal, daß die Schüler dieses zum großen Teile aus Gemeindemitteln errichteten und unterhaltenen Instituts bemogen werden, in die Lohnkämpfe der Arbeiterschaft ihrer Branche einzugreifen.

„Die schwarze Armee.“ Wir teilen kürzlich mit, daß geplant sei, durch die Bezirkskommandos auf die entlassenen Reservisten einzuwirken, damit diese sich den Kriegervereinen anschließen. Der „Tribüne“ in Erfurt liegt nun eine derartige Kriegervereinsreflektion, wie sie dem Maß eines Hameler Reservisten beigelegt war, vor. Es heißt darin wörtlich:

Reservisten und Kriegervereine. Treu haben die Reservisten ihrem Kaiser und Landesherrn gebient. Sie treten nach dem Ausspruch des Obersten Kriegsherrn jetzt zu der 2. Armee im schwarzen Rock (!) über, die berufen ist, in den Stunden der Gefahr Seite an Seite mit dem stehenden Heere das Vaterland zu schützen. Gebildet wird diese Armee unseres Volkes in Waffen durch die Kriegervereine, in denen sich nach dem Wunsche des Kaisers alle ehemaligen Angehörigen der Armee und Marine kameradschaftlich vereinigen sollen.

Die Vorzüge der Kameradschaft hat jeder Soldat während seiner Dienstzeit an sich selbst kennen gelernt. Diese Kameradschaft, dieses erhabende und beruhigende Gefühl „Einer für alle und alle für einen“ kann er beim Rücktritt in das bürgerliche Leben wiederfinden. Mag der junge Reservist in seinen Heimatort zurückkehren, oder nicht, überall im Deutschen Reich findet er den Kriegerverein und Militärvereinen treue Kameraden, die ihn mit offenen Armen aufnehmen.

Wir glauben nicht, daß dieser Appell durchschlagende Wirkung haben wird. Die „Vorzüge“ der „Kameradschaft“ während der aktiven Dienstzeit hat so mancher von einer Seite kennen gelernt, daß er kaum Neigung haben wird, an diese schönen Zeiten erinnert zu werden.

Man will jetzt, wie man sieht, System in die Agitation für den organisierten Purratriotismus bringen und bildet sich offenbar ein, die „Schwarze Armee“ auf diese Weise gewaltig zu stärken und dadurch dem ungeheuren Aufschwung, den die politischen und wirtschaftlichen Organisationen der „Niedergerittenen“ in letzter Zeit genommen, von oben Paroli zu bieten. In Hameln hat man sich sogar a la Reichsverband brieflich an sozialdemokratische Arbeiter gewandt und sie eingeladen zu einer Generalversammlung des Kriegervereins ehemaliger 164er, Hameln, mit der Aufforderung, dem Verein beizutreten. Natürlich fühlen sich unsere so umwordenen Genossen bei den Worten wohlher als bei der „Schwarzen Armee“.

Die uns noch fernstehenden proletarischen Reservisten müssen aber von unseren Genossen aufgeklärt werden über den wahren Zweck des Purraklubs, die heute nach dem erklärten Willen ihrer obersten Macher nur noch nackte Instrumente der politischen Reaktion und der Arbeiterunterdrückung sind.

Aus dem Gerichtssaal.

Aus dem Großstadtsumpf. Ein trübes Bild von Verkommenheit entrollte die Verhandlung gegen die 40 Jahre alte Pflastererschneefrau Marie Oberhofer in München wegen eines Verbrechens der Kuppelei. Der Chemann der Angeklagten wurde wegen verschiedener Reate abgefragt und von München ausgewiesen; die Angeklagte, selbst der Prostitution ergeben, konnte sich zwar von ihrem Manne, nicht aber von der Stadt München trennen. Sie ließ ihren Mann ziehen und ergab sich dem Laster. Sie richtete auch ihre beiden in den Jahren 1887 und 1891 geborenen Töchter zur Unzucht ab und ließ sie in ihrer Wohnung und in ihrem Leichte die tollsten Dinge treiben. Nebenbei hatte die ältere Tochter einen Liebhaber und ist, obwohl erst 20 Jahre alt, bereits Mutter dreier Kinder. Die Angeklagte hatte neben ihrem Manne einen Pflasterer als Geliebten, der einmal in der Oberhoferischen Wohnung auf den Ober-

linger, über welches ich mich nicht erhebe. Es muß ein Pfand auf meinen Namen, ich will ihn zum nächsten Montag fernhalten, dann er hat mich anzufragen gemacht.“

Seine Augen irrten. Es lag eine Welle, aber zugleich auch Gefahr in ihnen. Er sah mit der Hand zum Tisch hin und sah, daß er nicht zu stehen, er mußte sich setzen, schloß die Augen, daß der Hund ihm in manchen unangenehme Gedanken einschleichen konnte. — „Werde dich an ihn, Frau, und ich bin überzeugt, daß er alles aufgeben wird, was er anzufragen, dann er hat die an ihm sein begangene Schuld noch zu tilgen.“

Schnelligkeit hatte Jungs ihm paraphrasieren. Er schämte sich langsam mit dem Kerne.

„Nicht wahr,“ erwiderte er, „ich will ich alles verlassen, was ich heute aufgegeben habe. Dann wir keine Verbindung mehr haben, dann — dann will ich keine Hilfe in Anspruch nehmen.“

Der junge Herr schrie, denn er wollte ihm keine weiteren Rat zu machen.

Und wieder einige Tage nach Dingen.

Die Frau des Geschäftsmannes Schneller waren zum Tod wieder gemacht, und ihre Schwestern, er hatte die beiden Töchter lebendig ertränkt, und so das Verbrechen, aber die gleiche Sache beging. Erinnern und gerade ist er wieder über die Straße, denn er wollte niemandem helfen, daß er die Schmach immer noch nicht ganz überwinden konnte. Nach einer Gewissensprüfung er mit der Furcht bei Schwestern zu stehen — das war über längere noch zu tun.

Das Gewissen hatte er indes für all seine Sünden erlösen. Der Geschäftsmann hatte ihm sein Verbrechen nicht im Kopf mit Hilfe gegeben. Die seine Kinder, welche nach Dingen gehen konnten waren, haben nämlich glücklich verlassen. Die Frau konnte sich nicht an die Kinder und ihre Mutter nicht mehr zu tun, daß sie in der Sorge um sie verlor. Als dem Geschäftsmann aus Scham, der die Frau mit dem einen Schwestern überlassen, hatte sie die Gegenwart beschaffen und lag in Bayern mit ihr nieder. Die Gewissensprüfung war nicht von den Kindern zu beschreiben, wurde

trübe ein Raub der Flamme geworden, so daß für seine Kinder nichts übrig geblieben war.

Die Gewissensprüfung hatte sich geweigert, die Kinder anzunehmen, deshalb hatte das Landgericht einschreiten und für sie sorgen müssen. In verschiedene Familien waren sie für wenige Jahre jährlich aufgeteilt und Schneller hatte das jüngste Kind zwei erhalten.

„Ich will dem Mädchen die Erziehungsgeldanten meines Vaters ausgeben, denn ich bin Soldat gewesen und weiß, was Ordnung heißt.“ hatte er zum Landrichter gesprochen, indem er seinen kurzen Schnurrbart zu drehen versuchte. „Es soll für alles sorgen, was sein Vater getan hat,“ und in der Zeit hatte er das Kind so hinter und während angefaßt, daß es laut aufschrie. Mit seiner gewaltigen Hand hatte er dem des Mädchens kleinen Kopf erfaßt und es mit sich gezogen in seine Wohnung.

„Hier,“ hatte er zu seiner Frau, auf das Kind zeigend, gesagt, die soll's haben! Und er hatte noch einen leichten und leichten Pfand hingeworfen und gesprochen, daß er alles vernichten und verbrennen wolle, was nur den Namen der Furcht oder eines Tropfen Blut des verwegenen Räubers in sich trage.

Und seine Frau hatte das Kind noch besser angefaßt. Er selbst hatte sich vergebens nach dem Segen der Ehe gelehrt, sie hatte die Hoffnung an der Wange eines eigenen Kindes zu legen, längst ausgehen und sollte nun ihre unheimliche Plage einem fremden Kinde zuwenden, obendrein dem Kinde des Mannes, der ihr so schwere und bittere Stunden heranzog — das wollte ihr schwer in den Kopf.

So hatte sich indes ihrem Manne sagen müssen. In eine Ecke hatte Schneller das Kind gesteckt; durch Hunger mehr er ihm, wie er sagte, Moral herbringen, als indes der Markt herumzugehen und das Kind auf der Erde in der Ecke ruhig eingeschlafen war, als der Schlaf auf dem kleinen Wangen eine so kurze, kurze Ruhe heranzubringen hatte, als das Kindes Sinnen über die Eltern und den kleinen Arm, auf welchem der Kopf ruhte, herabgefallen waren, da war es ihm munterer noch als je gut geworden. Er hatte das Kind sanft anzufragen und dann wieder

fortgeklüft. Mit Gewalt war sein Auge zurückgekehrt — wie lieblich es dalag, wie so ruhig und unschuldig. Er hatte sein Herz gegen diese Eindücke verharren wollen, hatte seinen ganzen Haß gegen sich ins Gedächtnis gerufen, zugleich hatte indes eine innere leise Stimme zu ihm gesprochen: „Das Kind trägt keine Schuld an dem Vergehen seines Vaters.“ Es war so still in dem kleinen Zimmer gewesen, draußen in dem Glibberbusche vor dem Fenster hatte eine Amsel gesungen, so leise und halb traurig wie ein Schlaflied, seine Gedanken waren unwillkürlich um viele Jahre zurückgekehrt in seine Kinderzeit, wo er noch als ein kleiner, toller, lustiger Bube sich umhertummelte und dann vom Eryle ermüdet im Schoße seiner Mutter ausruhte, er hatte seiner längst geschiedenen Mutter Augen wieder zu sehen geglaubt, wie sie so mild und freundlich auf ihn niederschauten, es war ihm gewesen, als ob ihre Hand ihn wieder über Haar und Wangen hinführte wie einst, als er noch auf ihren Knien saß — und da war über sein gerichtsdienerliches Herz eine Weichheit gekommen, die er selbst nicht begriff und seit Jahren nicht mehr empfunden hatte, und er hatte sich schnell niedergebückt, das Kind emporgehoben und auf sein eigenes Bett gelegt, damit es weich liege. Und halb im Schlaf, vielleicht in Traume an seinen Vater denkend, hatte das Kind die kleinen Arme um seinen Nacken geschlungen und die kleinen Arme hatten ihn so weich berührt wie einst der Mutter Hand, wenn sie ihn über die Wangen hingeführt war.

Zwar hatte er mit Hast all diese Empfindungen zurückgedrängt, als seine Frau in das Zimmer getreten war, er hatte sogar mit heftigen Worten geschimpft, daß er sich mit Verbrechertölpeln abgeben müsse und hatte gänzlich unverständliche Worte in sich hinein gemurmelt, allein dies alles war nur Schein gewesen, um die Schwäche seines Herzens vor seiner Frau zu verbergen und vor sich selbst zu entschuldigen. Das Kind hatte dennoch in seinem Herzen einen festen Platz eingenommen und auch später konnte er nie des Mädchens weiche Arme berühren, ohne an die milde, sanfte Hand seiner Mutter zu denken.

(Fortsetzung folgt.)

hofer einen Schuß abfeuerte und deshalb vom Schwurgericht wegen Totschlagsversuchs zu 2 Jahren 6 Monaten Zuchthaus verurteilt wurde. Als dieser in Haft genommen wurde, nahm die Oberhofer sofort einen anderen Geliebten in ihre Wohnung auf. Auch der Geliebte der Tochter Margarete wohnte bei der Angeklagten, und als die Tochter zum zweiten male gebar und ihr Geliebter von ihr wegging, um sich der Zahlungspflicht zu entziehen, fand sich ein K e n t i e r, der für das Kind 22 Mk. monatlich bezahlte, die Margarete und ihre Mutter vollständig ausbildet und mit Mutter und Tochter förmliche Orgien feierte. Im ganzen mag er den beiden gegen 3000 Mk. geopfert haben. Die Marie Oberhofer wurde von der Mutter schon mit 16 Jahren zum „Berdienen“ angehalten und zog mit Studenten bis in vorgerückte Nachmittage in verschiedenen Restaurants und Wirtschaften herum. Die Angeklagte wurde zu 2 Jahren 1 Monat Gefängnis und den zulässigen Nebenstrafen verurteilt.

Aus Nah und Fern.

Ein schwerer Unfall ereignete sich Sonntag nachmittag auf dem Bahnkörper der Odenwaldbahn, in der Nähe der Station Rosenhöhe. Der Weichensteller Johann Spalt aus Korbach, welcher die Weiche für den von Korbach einkehrenden Zug stellen wollte, wurde von dem von Oberramstadt kommenden Zuge erfasst, überfahren und sofort getötet.

Erstochen wurden auf einer Kirmeß in Rheine (Westfalen) ein Wundenbesitzer und ein Arbeiter.

Zufolge Einsturzes des Pfeilers einer im Bau befindlichen Zirkusfabrik auf Schacht Wilhelm bei Essen wurde 1 Arbeiter schwer, 3 leicht verletzt.

Einsturz einer Zementfabrik. In Anderten bei Müßburg ist das Hauptmauerwerk der Zementfabrik „Germania“ eingestürzt als der Fabrikbetrieb in vollem Gange war. Es wurden sechs Personen verschüttet, die jedoch sofort gerettet werden konnten. Fünf von ihnen kamen mit leichten Verletzungen davon, während einer schwer verletzt wurde. Bei drei von den sechs Zementlagerzellen dieser Fabrik sind die Wände nach der Seite ausgewichen. Der Betrieb ist jedoch in keiner Weise gestört. Eine Überlastung dieser drei Lagerzellen lag nach Erklärung der Fabrikdirektion nicht vor. Dem Augenchein nach handelt es sich um eine aus dem Jahre 1900 stammende unsachgemäße Ausführung der betreffenden Silowandung.

Ein Vubenreich. Die „Schlesische Volkszeitung“ meldet aus Neusalz, daß das in der Nähe der Stadt gelegene Pulvermagazin mit starkem Getöse in die Luft geflogen ist. Die Untersuchung ergab, daß auf der Schwelle des Pulvermagazins verrentet liegendes Pulver von jungen Burschen angezündet worden war; einer von ihnen wurde dabei verletzt.

Explosion. In der Kartonagenfabrik von Haarbarger in Neutlingen explodierte mit domerndem Knall der Trockenzylinder. Der Arbeiter Walliser wurde greulich verstümmelt und sofort getötet.

Blutige Schlägerei. In einer Wirtschaft in Solingen fand zwischen den beim Bahnbau Müngsten-Solingen beschäftigten Kroaten und Stereichern eine blutige Schlägerei statt. Ein österreichischer Schachtmeister wurde getötet, ein Arbeiter durch einen Revolverbeschuß tödlich und der Wirt schwer verletzt.

Reaktion überall. Auch der Breslauer „freisinnige“ Magistrat kann sich nicht gut vertragen, einen Schlag gegen die Freie Turnerschaft zu führen. Seit einer Reihe von Jahren stand der Breslauer Freie Turnerschaft ebenso wie den übrigen Breslauer Turnvereinen eine städtische Turnhalle für ihre Übungsstunden zur Verfügung. Empfinden es die freien Turner als eine ungleichartige Behandlung, daß es ihnen durchaus unmöglich gemacht wurde, auch in anderen Stadtteilen noch turnen zu dürfen, weil man ihnen eben nur die eine Turnhalle in der Waterloostraße einräumte, so hatten sie sich doch mit diesem Zustande abgefunden, und sie gaben sich der Hoffnung hin, daß schließlich in den maßgebenden Kreisen doch die bessere Einsicht Platz greifen werde. Sie hatten sich aber bitter getäuscht, die Reaktion plante einen Vernichtungsschlag. Dem langen Wälen und Bohren ist nun endlich der Erfolg erblickt. Am Freitag kam folgende Magistratsverfügung in die Hände der Vereinsleitung:

Magistrat
der königlichen Haupt- und
Residenzstadt Breslau.
Breslau, den 17. Oktober 1907.

Bureauzeichen und
Journ.-Nr. IV a 2267/07.

Nachdem wir aus der durch den Arbeiter-Turnerbund herausgeforderten öffentlichen Besprechung und aus dem Schriftenmaterial, das uns vorgelegen hat, die Überzeugung gewonnen haben, daß der Arbeiter-Turnerbund sich von der deutschen Turnerschaft losgelöst hat, um zu ihr in einen bewußten Gegensatz der Grundanschauungen zu treten, insbesondere soweit diese Anschauungen auf patriotischem und nationalem Grunde ruhen, können wir dem Vereine, der dem Arbeiter-Turnerbunde als Mitglied angehört, unsere Turnhallen für seinen Turnbetrieb nicht mehr zur Verfügung stellen. Wir würden namentlich auch gegenüber der Jünglingsabteilung des Vereins eine schwere Mitschuld auf uns laden und eine schwere Verantwortung übernehmen, wenn wir durch weitere Übergabe unserer Räume Ihre Erziehungsrichtung zu begünstigen oder gar zu fördern schienen.

Indem wir von unserem Rechte des Widerrufs Gebrauch machen, untersagen wir Ihnen das weitere Turnen in der städtischen Turnhalle Waterloostraße 15/17. gez. P e t e r s o n.

Es sind die alten, beweislosen Verdächtigungen, die hier wiederholt werden. Jahrelang hat man gegen die Benutzung der städtischen Turnhalle nichts einwenden können, jetzt auf einmal will man keine „Mitschuld“ mehr auf sich laden. Die Arbeiterturner werden sich durch diesen kleinen Nadelstich natürlich nicht im geringsten betören lassen und — ruhig weiterturnen. Der Breslauer Magistrat hat ihnen nur gezeigt, daß die Sozialdemokratie mit ihrer Charakteristik der bürgerlichen Verböden recht hat.

Eine geheimnisvolle Angelegenheit beschäftigt zurzeit die Polizei in Wanne in Westfalen. Am Sonnabend, den 12. Oktober, abends, wollte eine in einem Hotel angekommene holländische Dame zu Fuß nach Kesse gehen. Auf Anraten des Wirtes bestellte sie ein Fuhrwerk. Der Kutscher dieses Fuhrwerks kam nach einiger Zeit mit Verletzungen zurück und gab an, überfallen zu sein. Polizeiliche Nachforschungen ergaben nichts Bestimmtes. Die Polizei nimmt jedoch an, daß der Kutscher geschlafen hat und, als der Wagen über eine holprige Stelle fuhr, vom Bock gefallen und überfahren ist. Das Pferd und der Wagen wurden später auf Kesser Gebiet aufgefunden. Die Dame ist wahrscheinlich ausgezogen und allein weitergegangen. Sie hatte den Kutscher beauftragt, sie zu einem Bäckermeister nach Kesse zu bringen, dessen Namen sie nicht angab. Polizeiliche Nachfragen bei den Bäckermeistern in Kesse ergaben, daß bei keinem von

ihnen eine Dame erwartet wurde oder angekommen ist. Aber den Verbleib der Dame ist nichts bekannt. Die Polizei bezweifelt, daß es sich um einen Überfall handle.

Die Persönlichkeit der Münchener Kindermörderin
Frau Schnell schildern Münchener Blätter wie folgt: Krankhafte Veranlagung und ungesunde häusliche Verhältnisse scheinen aus dem hageren, schwächlichen Mädchen, das noch nicht einmal 14 Jahre zählt, eine Mörderin gemacht zu haben. Durchweg wird sie als sehr ruhig geschildert; sie redete sehr wenig und „lachte hie und da so auffällig komisch.“ Wenn ihre Dienstherrin anwesend waren, war sie die liebevollste Pflegerin der kleinen Kinder, aber sobald die Erwachsenen aus dem Hause waren, ließ sie die Kleinen unbeaufsichtigt und ging vor's Haus, um sich auf Wägen und Stühlen zu schaukeln oder sich ähnlichen kindlichen Zerstreuungen hinzugeben. Wenn sie beaufsichtigt wurde, war sie auch sehr fleißig, und im allgemeinen waren die Dienstherrn sehr zufrieden mit ihr. Meist war die Schnell bei Leuten bedient, die früh morgens wenig Feld gingen und spät abends heimkamen, sich also wenig um ihre Kinder kümmern konnten. Zuletzt kam sie zu den Tagelöhner-Geheluten Oppenheimer auf dem Bönenbrauereigut Gindö Ober-Grashof zwischen Dachau und Oberschleißheim in Dienst. Man war anfangs recht zufrieden mit dem Mädchen, dessen Onkel in demselben Gut als Tagelöhner beschäftigt ist. Bald teilten aber Hausbewohner mit, daß die Schnell, sobald die Tagelöhnerfrau aufs Feld ging, das Kind schreien ließ und mit dem anderen Mädchen ihrer Dienstherrschaft vorm Hause spielte. Sobald sie aber die Frau heimkehren sah, eilte sie in die Wohnung und beschäftigte sich angelegentlich mit dem Kinde. Am Dienstag, 18. September, bemerkte Frau Oppenheimer, daß ihr Kind sehr unruhig war, doch konnte man den Grund der Krankheit nicht erkennen. Als am Mittwoch mittag Frau Oppenheimer vom Felde zurückkehrte, fand sie die Schnell mit dem Kinde spielend vor dem Hause. „Warum bist du denn nicht bei dem Kinde?“ fragte sie, und ohne eine Spur irgendwelcher Aufregung antwortete das Kindermädchen: „Ich glaub, das Kind stirbt. Vielleicht ist es gar schon tot.“ Das Kind lebte aber noch und schien sich wieder zu erholen. Frau Oppenheimer ging deshalb am nachmittag wieder aufs Feld, wurde aber bald zurückgeholt und fand ihr Kind sterbend, in heftigen Zuckungen vor. Die Leichenschau ergab, daß das Kind am Hals zwei blaue Flecke hatte. Am 21. September wurde das Kind beerdigt. In dem Begräbnis nahm auch die Schnell teil und ging dann mit ihrem Vater wieder nach Lustheim. Frau Schnell hat, wie inzwischen festgestellt wurde, zwei ihrer kleinen Opfer in kleinen Särgen selbst zu Grabe getragen und dafür den üblichen Lohn kaltblütig in Empfang genommen. Die Schnell ist ein uneheliches Kind. Ihre Mutter brachte es einem dem Trunke ergebenen Tagelöhner in die Ehe mit. Frau Schnell ist in traurigen Verhältnissen aufgewachsen. Ihr erstes Opfer war der im Oktober vorigen Jahres 9 Monate alt gewesene Knabe des Gerichtsboten Schärer in München. Die Leiche dieses Kindes wurde am Montag ausgegraben. Dann folgten im Februar, Mai, Juni und September die übrigen Opfer, Knaben und Mädchen von Bauern und Tagelöhnern. Die ursprüngliche Annahme, daß es sich bei der Schnell um moralischen und physischen Schwachsinns handelt, gewinnt immer mehr an Wahrscheinlichkeit: der „Münchener Zeitung“ wird mitgeteilt, daß es sich bei ihr um ein typisches Beispiel von Schwachsinns handle. Es finden weitere Ausgrabungen von Kinderleichen auf den Friedhöfen der verschiedenen Münchener Vororte statt.

Ermittelter Wechselsüßher. Dem „Berliner Tageblatt“ zufolge wurde in Prag der ehemalige Fabrikant Rudolf Müller im Zimmer einer Kellnerin von Kriminalbeamten überführt und festgenommen. Er wird beschuldigt, Wechselsüß im Gesamtbetrage von 242 000 Mk., hauptsächlich auf den Namen des Grafen Oswald Thun jun., gefälscht zu haben.

Großfeuer. Wie die „Elbinger Zeitung“ meldet, brannten im Kirchdorf Schmauch, Kreis Kreuzsich-Holland, Sonntag nachmittag vier Bauernhöfe mit allen Hof- und Wirtschaftsgebäuden sowie die Dorfkirche nieder. Das Feuer ist durch ein mit Streichhölzern spielendes Kind verursacht worden. — In Vaduz (Liechtenstein) brach in der Nacht zum Montag ein Feuer aus, das infolge des herrschenden Windes rasch um sich griff und in kurzer Zeit 20 Häuser einäscherte.

Rätselhaftes Verschwinden aus dem Eisenbahnzuge. Großes Aufsehen erregte in St. Petersburg das Verschwinden der Gräfin Samoiski aus einem Abteil der Südbahn zwischen den Stationen Schepetowka und Warschau. Die Gräfin war auf der Fahrt nach Warschau an ihrem Reiseziel nicht eingetroffen. Ein Teil ihres Handgepäckes war blutbespritzt in dem von der Gräfin als einziger Insassin benutzten Abteil erster Klasse vorgefunden. Außerdem war das Abteilfenster zertrümmert, aber die Verwunden in dem Koffer der Gräfin unberührt geblieben. Graf Samoiski, der Gatte der Verwundenen, ein reicher Gutsbesitzer, hat den Minister des kaiserlichen Hofes telegraphisch um Unterstützung. Die gesamte örtliche Gendarmerie wurde in Tätigkeit gesetzt. Das Verschwinden der Gräfin gab zu allerlei Vermutungen Anlaß. Man glaubte an ein Verbrechen, einen Racheakt oder auch an ein romantisches Liebesabenteuer. Inzwischen hat sich der rätselhafte Fall wenigstens insoweit geklärt, als die angeblich Verwundene doch in Warschau eingetroffen ist. Von dort wird gemeldet: Die Gräfin Samoiski kehrte Sonnabend nachmittag in ihr Vaterhaus zurück. Ihre Familie vermeidet indessen jede genaue Auskunft. Der Grund zu der sonderbaren Angelegenheit scheint in einem hysterischen Anfall der jungen Gräfin zu finden zu sein. Nach einer weiteren Meldung aus St. Petersburg erklärte Graf Samoiski den auf seinem Gute eingetroffenen Untersuchungsbeamten, die Gräfin habe bei ihrer Reise den alten Familienschmuck mitgenommen, der einen Wert von 80 000 Rubel repräsentiere. Am Verschwinden der Gräfin sind, wie jetzt festgestellt ist, der Oberkondukteur der Zuges, der Direktor der Eisengießerei in Donde und der Stationskassierer der Station Maltin, sowie eine Bäuerin beteiligt gewesen; letztere ist unauffindbar, da sie bei dem Eintreffen des Zuges in Warschau verschwunden.

Schreckensszenen beim Untergang eines Schiffes. Aber die furchtbaren Szenen bei dem Untergang des englischen Dampfers „Merwinian“ im Meerbusen von Biscaya richteten drei vom Passagierdampfer „Marmora“ nach Plymouth gebrachte Gerettete, Mitglieder der Mannschaft, folgende Einzelheiten: Der „Merwinian“ ging am 2. Oktober mit 2000 T. Kohlen von Swansea nach Marseille ab. Am 3. Oktober herrschte furchtbarer Sturm, und die Ladung begann sich zu verschieben, so daß das Schiff sich auf die Seite legte. Die Mannschaft arbeitete zwölf Stunden am Umladen, doch am Abend des 3. Oktober wurde das Schiff plötzlich fast umgestürzt, und das Wasser stob in Strömen hinein. Alle Mann arbeiteten verzweifelt weiter, doch um 6 Uhr morgens sah der Kapitän, daß es vergeblich war und das Schiff in wenigen Augenblicken sinken mußte. Ein Rettungsboot wurde mit neun Mann herabgelassen und kam sicher vom Schiff los, konnte es aber nicht wieder erreichen, um den Rest der Mannschaft aufzunehmen, da die Maschinen weiter arbeiteten. Ein zweites Boot kenterte, und alle Pa-

assen fielen ins Meer. In diesem Augenblick schlug der Dampfer vollständig um und versank, viele in den Strudel mit hinabziehend. Das erste Rettungsboot ruderte über und rettete in 20 Minuten noch zehn Mann. Die Insassen des Bootes verbrachten zwölf Stunden unter furchtbaren Mühsalen, bis ein griechischer Dampfer sie aufnahm und nach Gibraltar brachte. Sechs Mann des „Merwinian“ sind ertrunken, darunter der Kapitän Lewis aus Liverpool, der erste Maschinist, der zweite Offizier und ein Knabe namens Beale, der als Passagier nach Marseille zu seinen Eltern reiste.

Meuterei chinesischer Kulis. Auf der New Modderfontein-Grube (Transvaal) meuterten chinesische Kulis. Sie verbarrikadierten sich auf einem Grundstück und zerstörten die Geschäftsräume der Grubengesellschaft. Die Polizei wurde mit einem Hagel von Steinwürfen empfangen und war außer Stande, den Haupteingang zu erzwingen. Daher versuchte sie durch die Röhren einzudringen, wurde aber hier durch die Kulis überfallen und genötigt, von der Schutzwaffe Gebrauch zu machen. Endlich gelang es der Polizei, den Eingang zu erobern, wobei wiederum auf die Kulis geschossen wurde, die schließlich in ihre Wohnungen zurückgetrieben wurden; 19 Chinesen sind verwundet, einer ist getötet worden. 24 Chinesen wurden verhaftet. Die Meuterei war nach bürgerlichen Mättern durch Agitatoren hervorgerufen, die den Chinesen vorredeten, sie brauchten am Sonntag nicht zu arbeiten. — Wir denken, daß die sogenannten Agitatoren, die den Anlaß zu dieser Meuterei gegeben haben sollen, nur nach dem Bibelwort handelten: 6 Tage sollst du arbeiten, am 7. aber sollst du ruhen.

Literarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 3. Heft des 26. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Der Prozeß Liebknecht. — Die niederländische Kolonialpolitik und ihre Bekämpfung durch die niederländische Sozialdemokratie. Von W. van Ravesteijn jr. (Rotterdam). — Sozialdemokratische Randbemerkungen zu den Vorarbeiten der Strafrechtsreform. Von Michael Sursky (Petersburg). III. (Schluß). — Kapitalistischer Sklavenhandel. Von Stephan Heise (Duisburg). — Literarische Rundschau: Ernst Untermann, Dialektisches. Von Friedrich Adler. Edward Stillebauer, Die Lügner des Lebens. Der Börsentönnig. Von M. H. Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von 3.25 Mk. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pfennig. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Von der Neuen Gesellschaft, (Herausgeber Dr. Heinrich Braun und Lily Braun, Verlag: Berlin NW. 6, Chariteestraße 3. Verbandsbuch des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. Preis für das Einzelheft 10 Pf. Probehefte kostenlos) ist soeben das 17. Heft des 5. Bandes erschienen, das folgenden Inhalt hat: Wilhelm Schröder: Der Liberalismus in seiner Glanzperiode. — Die passive Resistenz der Eisenbahner in Österreich (von einem Eisenbahner). — Margaret E. Mac Donald: Neuere Untersuchungen über die Heimarbeit in England. — August Erdmann: Einer von den Lebten. — E. D. Schallard: H. G. Wells und seine Werke. — Hermann Heijermans jun.: Der Eindringling.

Der Süddeutsche Postillon (Verlag: M. Ernst, München) Nr. 22 ist soeben erschienen und schließt sich den Vorgängerinnen in Wort und Bild würdig an. Schmock und Wilm (Vollbild) preislich ihre Doppelzijdigkeit, der eine schreibt von rechts nach links, der andere regiert umgekehrt. Der Kongreß der Freisinnigen im Zirkus Busch 1907 (Vollbild) und als drittes Vollbild unser „Freund“ Peters auf dem Wege zur Reaktivierung, aber frag mich nur nicht viel — Ein treuer Freund und Kämpfer, Julius Motteler, ist uns durch den Eisenmann entzogen worden und der Postillon kann es sich nicht verlagern, dem Roten Postmeister einen ehrenden Nachruf von E. M. mit Photographie zu widmen. Dernburg in der Löwengrube (Zeitgedicht), Briefe aus Sachsen, Segen den Brotwucher, Liebknecht dem jungen, Rante und wertvolle kleine Beiträge bilden angenehme Abwechslung. Die kleine Erzählung: Der kluge Pastor, nicht zu vergessen. Die Nummer kostet 10 Pf. und ist in allen Parteibuchhandlungen zu beziehen.

Die erlahmen

darf die Arbeiterchaft in dem Bestreben, für ihre Ziele Propaganda zu machen. Das beste Hilfsmittel dabei ist

die Arbeiterpresse.

Setzt ist die beste Gelegenheit, neue Leser und Abonnenten zu werben. An dieser Arbeit muß sich jeder Arbeiter, jeder Parteigenosse beteiligen. Jeder muß dessen eingedenk sein, daß es Pflicht ist, bei jeder Gelegenheit

für den „Lübecker Volksbote“ zu agitieren.

Verantwortlicher Redakteur: Joh. Stelling.
Verleger: L. h. Schwarzg. Druck: Friedr. Meyer u. Co.
Sämtlich in Lübeck.

Komitee- u. Kommissions-Sitzungen

A. B. Sch.

Donnerstag:

Vorstandssitzung nach der Stunde.

H. T. V.

Vorstandssitzung Donnerstag 8^{1/2} Uhr.

Empfehlungs-Karten

Buchdruckeri Friedr. Meyer & Co.

K. Schwarz
M. Schwarz, geb. Piel,
 Vermählte.
 Für die uns zu unserer Hochzeit überwie-
 senen Geschenke und Gratulationen danken
 bestens. D. D.

Statt besonderer Anzeige.
 Montag morgen entschlief sanft nach kurzer,
 schwerer Krankheit meine liebe Frau, unsere
 gute Mutter, Schwieger- und Großmutter
Elisabeth Meins, geb. Martens,
 im fast vollendeten 59. Lebensjahre, tief be-
 trauert und schmerzlichst vermisst von den
 Schwestern.

Joh. Meins und Kinder.
 Lübeck, den 21. Oktober 1907.
 Glandorpstraße 3.
 Die Beerdigung findet am Donnerstag,
 den 24. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der
 St. Lorenz-Kirche aus statt.
 Beginn der Feiert 3¹/₂ Uhr.


Für die uns in so reichem Maße erwiehene
 Teilnahme, insbesondere Herrn Pastor Lüb-
 gens für die tröstlichen Worte am Grabe
 unserer lieben Entschlafenen sagen herzlichsten
 Dank. **J. Steriy nebst Kinder.**
 Menzberg, den 22. Oktober 1907.

Für die vielen Glückwünsche und Geschenke
 zu unserer Hochzeit danken herzlichst.
Georg Hansen u. Frau, geb. Nahl.
 Für die vielen Geschenke und Gratulationen
 sagen wir unsern herzlichsten Dank.

H. Wollmer und Frau,
 geb. Zubmann.

Suche einen tüchtigen älteren
Eisler
 der selbständig alte Möbel auszubessern ver-
 steht und gut polieren kann.
G. Walter, Behmstraße 28.

Louis Levy's
Arbeiter-Garderoben



Klingenberg & Bredeneburg

sind die besten!

Carl Folkers
Möbel-Magazin
 25 Marlesgrube 25.
Autonome Fabrikation
Selbstgefertigte Arbeiten.
Größte Auswahl.
Billigste Preise.
Heiligendämmerung Garantie.
Zimmer-Einrichtungen stets vorräthig.
Lieferung frei Haus
auf eigenen Möbelwagen.
 Bei Reparatur Arbeit.
 Teilzahlung gestattet.
 Geben rote Lackier-Marken.

Schmerzlose Zahnoperationen.
Künstliche Zähne
 ohne Herausnehmen der Wurzel.
 Plomben jeder Art.
Marcks, Lübeckstr. 21.



Mein Liebling hält es
 mit der Delikatess-Margarine
SOLO in Carton,
 weil diese auf Brot wie feinste
 Süssrahmbutter schmeckt und alle
 anderen Butter-Ersatzmittel bei
 weitem übertrifft.
Überall erhältlich.

Oeffentl. Versammlung

für alle in der
Baubranche beschäftigten Bau-, Erd- und
gewerblichen Hilfsarbeiter Lübecks u. Umg.
am Freitag, den 25. Oktober 1907
 abends 8¹/₂ Uhr
im „Vereinshaus“, Johannisstraße 50-52.
 (Großer Saal.)
Tages-Ordnung:
Die Mißstände auf den Bauten und wodurch sind
dieselben zu beseitigen.
 Referent: Redakteur A. Töpfer-Hamburg.
 Um recht zahlreiches Erscheinen ersucht
Die Tarifkommission.

Kranken- u. Sterbefälle gewerblicher Arbeiter.
 (G. V. Nr. 24.)

General-Versammlung
 am Montag, den 28. Oktober 1907, abends 8¹/₂ Uhr,
 im „Vereinshaus“, Johannisstraße 50-52.
Tages-Ordnung:
 1. Abrechnung vom 3. Quartal 1907.
 2. Verschiedene Kassensachen.
 Mitgliederbucher sind vorzubringen.
Der Vorstand.

Zentral-Verband deutscher Brauereiarbeiter.
 (Zahlstelle Lübeck)

Einladung zum
16. Stiftungs-Fest
am Freitag, den 1. November
im Vereinshaus, Johannisstr. 50-52.
 Anfang 8 Uhr. Eintritt 60 Pfg., Damen frei. Ende 4 Uhr.
 Eintritt kostet nichts.
Das Komitee.

Das Protokoll
vom Parteitag in Gießen
 ist zum Kaufe mit 1 Mk. anzufordern.
 Zu beziehen durch die
Verhandlung von Friedr. Meyer & Co.
 nach deren Anzeigenschein.

Lokal-Verband der Hafenarbeiter Lübecks.
Stiftungs-Fest
am Donnerstag, den 24. Oktober 1907
 im „Vereinshaus“, Johannisstraße 50-52.
 Anfang 8 Uhr. Eintritt 60 Pfg. Ende 4 Uhr.
Das Komitee.

5 Pfg. zahlte für Hausstandslumpen,
 sowie für Eisen u. Metalle die höchsten
 Preise. Postkarte genügt.
Karl Kleinfeld, Wallenhoffstraße 25.

Deutscher
Metallarbeiterverband
 (Verwaltungsstelle Lübeck.)

Die Mitglieder-Versammlung
 fällt heute abend aus.
Die Ortsverwaltung

Sanitätsverband
 der freien Hilfskassen Lübecks.

General-Versammlung
 am Donnerstag, den 24. Okt.
 abends 8¹/₂ Uhr,
 im Vereinshaus, Johannisstraße 50-52.
Tages-Ordnung:
 1. Abrechnung vom 3. Quartal 1907.
 2. Innere Verbandsangelegenheiten.
Der Vorstand.

Quartettverein Amicitia.

General-Versammlung
 am Sonnabend, den 26. Okt.
 abends 8¹/₂ Uhr
 im Gesellschaftshaus „Mospol“,
 Johannisstraße 25.
 Tages-Ordnung:
 Abrechnung, Wahl, Maskenball,
 Verschiedenes.
Der Vorstand.

Gesang-Verein
„Einigkeit“
 (St. Gertrud.)

Versammlung
 am Donnerstag, den 24. Okt.,
 abends 8¹/₂ Uhr
 im Restaurant „Tiergarten“.
Der Vorstand.

Franz Strokar, Schwarz. Allee 92.
„Polirkrug“.

Musikspielen von fetten Gänsen,
Karpfen und Rauchs Fleisch
 auf einem Tischbillard
 am Donnerstag, den 24. Oktober.
 Anfang 10 Uhr morgens.
 Eintrag 50 Pfg.
 Um rege Beteiligung bittet
Franz Strokar.

Hansa-Theater
 Variété I. Ranges.
Tägl. das gr. Programm.
 Vorverkauf bei Sager bis 5 Uhr.

Panorama
 Breitenstraße 53, 1. Etage.
 Diese Woche ausgestellt
Nord-Afrika.
 Tunis, Kairwan, Karthago.

Stadt-Theater.
 (Propärium).
 Direction: Ludwig Piorkowski.
 Donnerstag, 24. Oktober. 8 Uhr.
 Zum 2. Male.
Fräulein Vorwärts.
 Schwan in 3 Akten von Heinz Gordon.
 Freitag: Fidelio.
 Oper in 3 Akten von Beethoven.
 Sonntag: Lohengrin.
 Billets im Vorverkauf nur bei Kappel
 und an der Theaterkasse zu haben.

